Dienstag, 7. August 1923. **Einzelnummer 750 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 176.**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsboten 18500.—
am Postamt . . . . . 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . . 600.— M. Reklameteil 2500.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M. „ Reklameteil 2500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Einkreisung Frankreichs.

Am Sonntag vor acht Tagen, dem 29. Juli, erwarteten viele Menschen große Unruhen in Deutschland. Die Kommunisten hatten große Demonstrationen gegen die Faszisten, wie sie sich ausdrücken, wenn sie die Rechtsradikalen und Nationalisten meinen, angesagt. Die Regierung verbot alle solche Demonstrationen und kündigte die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen an. Dies hatte die gewünschte Wirkung. Die Kommunisten hielten statt der Straßendemonstrationen geschlossene Versammlungen ab, und der Sonntag verlief in allen großen Städten Deutschlands ganz ruhig. Für diese günstige Entwicklung sind vor allem auch die Sozialdemokraten verantwortlich, die sich nicht mit den Kommunisten einverstanden erklärten. Der „Vorwärts" sprach sich sogar unlängst gegen die Begründung einer Arbeiterregierung im gegenwärtigen Augenblick aus. Vor dem 29. Juli aber herrschte bei den Bürgerlichen vielfach starke Nervosität. Das Hauptorgan der Zentrumspartei, die „Germania", gab dieser nervösen Besorgnis bereits am 27. Juli dadurch Ausdruck, daß es in einem Leitartikel erklärte, daß das Kabinett Cuno erschüttert sei und das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitze. Diese Haltung des Zentrumblattes sollte wohl ein vorbeugender politischer Schachzug sein im Hinblick auf den 29. Juli.

Der Alarmruf der Germania war jedoch verfrüht. Bis heute ist weder Cuno noch einer seiner Minister zurückgetreten. Es zeigt sich, daß das ganze deutsche Volk in Cuno den Kanzler des Ruhrkampfes sieht, und daß an diesem Ruhrkampf und dem passiven Widerstand gegen die widerrechtlich eingedrungenen Franzosen das ganze deutsche Volk mit Ausnahme weniger charakterloser Gesellen festhält. In den Tagen um den 29. wurde von neuen Reichskanzlerkandidaten am meisten Stresemann und Loebe genannt. Wegen der schlechten Wirtschaftslage richteten sich die Angriffe vor allem gegen den Finanzminister Hermes und den Wirtschaftsminister Becker. Auch der Rücktritt des Reichsbankdirektors Havenstein wurde verlangt. Von sozialdemokratischer Seite wurden als Kandidaten für den Außenministerposten Breitscheid, für das Finanzministerium Hilferding genannt. Eine wirkliche Entscheidung, ob eine Umbildung des Ministeriums Cuno stattfindet und welche Minister gehen müssen, kann erst nach dem außergewöhnlichen Zusammentritt des Reichstages am Mittwoch, dem 8. August, entschieden werden. Daß Cuno selbst Reichskanzler bleibt, ist höchstwahrscheinlich.

Aber von all den genannten Männern wird keiner hintreten und zu Frankreich sprechen: Wir kapitulieren. Er würde, wenn er so spräche, das Reich in Trümmer schlagen, das gerade durch den gemeinsamen Widerstand gegen den Feind, der sich wirklich als der „Erzfeind und Erbfeind" bewährt, aufs festeste zusammengeschmiedet wird. Wenn die besitzenden Klassen Deutschlands die Einsicht haben, Opfer zu bringen im Interesse des weiteren Aushaltens, dann wird der Widerstand noch manchen Monat ungeschwächt fortdauern können.

Am Montag, dem 30. Juli, wurden die belgisch-französischen Antworten auf den englischen Fragebogen überreicht. Des Entwurfes einer gemeinsamen Antwort an Deutschland, den Lord Curzon gleichzeitig nach Paris gesandt hatte, wurde weder von den Belgiern noch von den Franzosen überhaupt Erwähnung getan. Der Inhalt der Pariser Antwort ist völlige Ablehnung. Für eine Aufgabe des passiven Widerstandes wird keine bestimmte Gegenleistung in Aussicht gestellt. Nach Einlaufen über diese Antworten berieten die englischen Minister mehrere Tage, und das Ergebnis ihrer Beratungen war eine Erklärung der Regierung, die von Baldwin am 2. August im Unterhause vorgetragen und durch eine Rede in der Debatte erläutert wurde. Der Hauptinhalt der Erklärung war: 1. Die französische Antwort bildet eine Enttäuschung. 2. Trotzdem soll weiter verhandelt werden. 3. Der ganze Notenwechsel in der Reparationsfrage soll veröffentlicht werden. Am Schluß seiner Rede sprach Baldwin von dem starken Rechtsgefühl des britischen Volkes. Wenn man in England die Überzeugung gewinne, daß von Paris aus die Wunden Europas absichtlich offen gehalten, statt geheilt würden, so werde eine Entfremdung der Herzen gegenüber Frankreich die Folge sein. Ins Politische übersetzt bedeutet diese Entfremdung der Herzen natürlich den völligen Bruch. Die Veröffentlichung der Dokumente ist inzwischen erfolgt. Poincaré erklärte, daß er die Öffentlichkeit nicht scheue, und so konnte denn die staunende Welt in den Instruktionen für den französischen Botschafter in London vom 14. Juli und in der Antwortnote an England vom 30. Juli das offene Eingeständnis lesen, daß der Zweck der Ruhrbesetzung nicht unmittelbar die Erlangung der Reparationszahlung gewesen sei, sondern daß man dadurch eine direkte Störung in der wirtschaftlich-politischen Organisation Deutschlands hervorrufen und erreichen wollte, daß Deutschland eine Zahlung der gewünschten Summen dieser Störung vorzieht. Damit ist denn Englands vorläufiger Zweck erreicht. Die moralische Isolierung Frankreichs verstärkt sich beständig. Das brutale Eingeständnis Poincarés muß den letzten Rest von gutem Glauben gegenüber Marianne zerstören. In Italien und Spanien ist das Streben einer Isolierung Frankreichs schon ziemlich erfolgreich. Selbst in Polen wurde dieser Tage ein deutscher Schriftleiter, der wegen einiger Artikel über die Ruhrbesetzung angeklagt war, freigesprochen, und das Gericht erklärte, daß der Freispruch erfolge, weil auch die Presse verschiedener anderer Länder derartige Berichte bringe und das Gericht ihre Wahrheit oder Unwahrheit nicht nachprüfen könne. Im Sejm wurde von einem Abgeordneten der Linken der Regierung ins Gesicht geschleudert, daß sie im Dienst des „jüdisch-polnisch-französischen Kapitalismus" stehe. Die Besorgnis wegen der französischen Gewaltpolitik, die Polens Valuta und Wirtschaftsleben außerordentlich schädigt, ist beständig im Wachsen. Dieselbe Entwicklung ist in allen anderen neutralen Ländern zu beobachten. Wenn auch die Regierungen, durch den waffenstarrenden französischen Militarismus eingeschüchtert, gegen die schweren Schädigungen der Wirtschaftsinteressen ihrer Länder keinen Einspruch zu erheben wagen, so ist doch bei den Völkern die Abneigung gegen Frankreich in stetem Zunehmen.

England führt eine langsame zähe Politik, die ihr Ziel aber nur dann erreichen wird, wenn Deutschlands Widerstandskraft ausreicht, um unter Umständen noch den ganzen Winter hindurch die Ruhrbesetzung mit allen ihren Folgen auszuhalten. Wenn dies gelingt, dann wird im nächsten Jahre die französische Politik entweder vor England kapitulieren müssen, oder der offene Waffenkonflikt ist da. Tartarin ist bis dahin völlig eingekreist — wie gut sich England auf eine solche Politik versteht, das hat es ja vor dem Weltkriege gegenüber Deutschland gezeigt. Ferner sind bis dahin die englischen Rüstungen, die im riesigen Maßstabe getrieben werden, weit genug gediehen, um Frankreich in jedem Elemente die Wage zu halten. Wie wird dann wohl der französische und belgische Franken stehen? Beide Münzen haben gegenwärtig ihren bisher tiefsten Stand erreicht. Für ein englisches Pfund zahlt man 80 französische oder 110 belgische Franken.

Die Frage der deutschen Ansiedler vor dem Haager Schiedsgericht.

Das internationale Schiedsgericht begann am Freitag mit den mündlichen Verhandlungen in der Angelegenheit der deutschen Ansiedler im ehemals preußischen Teilgebiet. Den Standpunkt der polnischen Regierung verteidigen die Professoren: Rostworowski aus Krakau, Sir Ernest Polock, sowie der Jurist Faschini, während der ehemalige Minister Schiffer Deutschland vertritt.

Am zweiten Verhandlungstag (Sonnabend) begann Sir Ernest Pollock sein Exposé. Er gab in vierstündiger Rede eine Darstellung der Tatsachen und ging dann auf die rechtliche Seite der Angelegenheit ein.

Polen und die kleine Entente.

Die bekannte Zeitung der tschechischen Nationaldemokraten „Narodni Listy" veröffentlicht einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Polen isoliert". Das Blatt hält ein Zusammengehen Polens mit der kleinen Entente für unmöglich, da Polen die Führung an sich reißen wolle. Das müsse aber unbedingt verhindert werden. Eine Verständigung Polens mit der Tschechoslowakei in der Jaworzynafrage sei vorläufig nicht denkbar. Ebenso habe aber auch Rumänien kein Interesse daran, für Polen einzutreten. Eine Verständigung mit Deutschland oder Rußland ist jedoch ganz ausgeschlossen. Polen stehe also von seinen Nachbarn vollständig isoliert da.

Die Tschechoslowakei erkennt die polnischen Grenzen nicht an.

Der Prager Korrespondent des „Berliner Börsenkurier" berichtet im Zusammenhang mit der Konferenz in Sinaja, daß die Hauptursache der Nichtaufnahme Polens in die Kleine Entente der entschiedene Protest Beneschs gegen die Anerkennung des Rigaer Traktats gewesen sei. Der Korrespondent schreibt: „Benesch ist — gleich allen verständigen Menschen in Europa — davon überzeugt, daß die Rigaer Grenzen sich nicht aufrechterhalten lassen und daß der gegenwärtige Besitzstand Polens in keinem Falle von langer Dauer sein kann."

Polen und Rußland.

Ein Bilderstreit.

Die russische Delegation hat die Rückgabe des Canaletti-Bildes, das die Elektion von Stanisław August darstellt, abgelehnt. Sie gibt vor, das Bild nicht auffinden zu können. Das Bild befand sich im Petersburger Arsenal.

Die Verrechnungen zwischen Polen und Rußland.

Die polnisch-russische Verrechnungskommission hält, wie verschiedene Blätter melden, dreimal in der Woche Sitzungen ab. Die russische Delegation leistet bei der Berücksichtigung der polnischen Ansprüche in Versicherungsfragen Widerstand. Auch wurde in der wichtigen Frage der Relation des Vorkriegsrubels zur polnischen Mark bisher keine Verständigung erzielt. Die Sowjetdelegation besteht auf der Norm von 50 Mark für einen Rubel.

Die Jauerfrage.

Die „Gaz. Warsz." meldet: Als der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamoyski, in einer Unterredung mit dem Direktor des politischen Departements des französischen Außenministeriums das Bedauern der polnischen Regierung darüber aussprach, daß die Jauerfrage dem Völkerbund überwiesen wurde, erklärte der genannte französische Beamte, es hätte keinen anderen Ausweg gegeben, doch sei die Position Polens so stark, daß es ruhig den Spruch des Völkerbundes und sogar des Haager Schiedsgerichtshofes, falls der Völkerbund sich an diesen wenden sollte, erwarten könne.

Annahme des Haushaltsprovisoriums im Sejm.

Sitzung des Sejm vom 5. August.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.".)

Der Sejm tagt nun unermüdlich vor- und nachmittags. Die Diskussion über das Haushaltsprovisorium nahm ihren Fortgang, und die Redner der Opposition benutzten die Aussprache, um ihre Beschwerden vorzubringen. Über das Budget an und für sich wurde dabei weniger gesprochen. Die Nationale Arbeiterpartei ließ wiederum durch ihren Redner, ebenso wie in der Kommission, erklären, daß sie kein Vertrauen zur Regierung habe und deshalb gegen den Haushaltsplan stimme. Sehr scharf trat Wyrzykowski von der aus der Piastenpartei ausgetretenen Dąbski-Gruppe gegen die Regierung auf, wobei er die Schwächen der Bodensteuer aufdeckte, indem er sagte, daß die Besitzer von 600 Morgen erwartet hätten, daß sie 100 Millionen zahlen müßten, und nun zu ihrer freudigen Verwunderung entdeckten, daß sie nur 18 zu zahlen hätten. Die Regierung habe 350 Güter für die Parzellierung bestimmt, aber darunter seien nur 36 große Güter im Gesamtumfang von 11 000 Hektar, der Rest bestehe aus Gütern von 0,6 bis 0,7 Hektaren. („Das ist ein Land für einen Fisch!" rief hierzu ein Abgeordneter.) **Eure Regierung**, so schloß der Redner drastisch, **ist eine Regierung des polnisch-jüdisch-französischen Kapitals**, und deshalb haben wir kein Vertrauen zu Euch!

Nach dieser Rede teilte der Vizemarschall den Tod des Präsidenten Harding mit. Sämtliche Abgeordnete hören die Botschaft stehend an.

Eine sehr eindringliche Rede hielt der deutsche Abgeordnete Kronig. Die Rede verfehlte auch ihren Eindruck nicht. Er zeigte, wie die Regierung **alle Eingaben und Interpellationen der Deutschen entweder einfach unbeantwortet** lasse oder die stereotype Antwort gebe, **daß die Regierung sich noch nicht mit der betreffenden Angelegenheit beschäftigen konnte. Das Verhältnis der Regierung zu den deutschen Minderheiten werde stets schlechter.** Es gäbe keinen Schulinspektor oder Kurator, der nicht den deutschen Schulen Boden entziehe. Das deutsche Schulwesen werde schikaniert, und infolge der fatalen Schulpolitik der Regierung **verlieren die Deutschen eine Schule nach der anderen.** Die großen alliierten Mächte hätten aber Polen nicht wiedererweckt, damit es die Minderheiten bedrücke, sondern damit alle in Polen wohnenden Völker an dem Wiederaufbau des Landes mitarbeiteten. Polen ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, wiederholte Kronig und sprach so wieder einmal den ewig wahren, aber stets von den Polen bekämpften Grundsatz aus. Die Minderheiten in Polen zählen 12 Millionen. (Abg. Dubanowicz ruft: Niemand will sie bedrücken!) Die Politik, wie sie jetzt gegen die Minderheiten betrieben wird, führt zum Abgrund, nicht für uns, sondern für das Land! Stroński behauptete, so fuhr Abg. Kronig fort, daß es den Minderheiten besser ginge und **daß sich niemand beklage.** Das hat er gesagt, damit es im Haag gehört werde, wo soeben die Sache der deutschen Ansiedler entschieden wird. Aber **auch meine Stimme** wird gehört. (Dubanowicz: Daran glaubt niemand! — Stroński: Man soll Beweise vorbringen!)

Nachdem noch ein Weißrusse gesprochen hatte, trat die Mittagspause ein.

Am Nachmittag wurde dann das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung beraten. Der Berichterstatter Woycicki von den Christlich-Demokraten begründete das Gesetz. Innerhalb fünf Jahren kann der Minister Werkstätten, in denen nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt sind, von der Zahlungspflicht befreien. Der Fonds wird gebildet, indem 3,5 Prozent der Löhne abgeführt werden. Und zwar müssen die Arbeiter 0,5 Prozent, die Arbeitgeber 1,5 Prozent und die Regierung ebenfalls 1,5 Prozent beitragen. Den Gemeinden kann ein Anteil von 0,5 Prozent an den Zahlungen auferlegt werden. Die Leistungen an die Arbeitslosen betragen für Unverheiratete 30 Prozent, für Verheiratete mit Familie 40 bis 60 Prozent des Lohnes. Die Arbeitgeber haben innerhalb drei Tagen freigewordene oder besetzte Stellen dem Arbeitsvermittlungsamte anzuzeigen, widrigenfalls sie in eine Strafe von 100 000 Mark bis eine Million genommen werden. Arbeitgeber, die sich ihren Verpflichtungen entziehen, verfallen in eine Strafe von 100 000 bis 10 Millionen Mark. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurden die meisten Anträge der Linken zurückgewiesen und das Gesetz in zweiter Lesung angenommen; die dritte Lesung wurde vertagt.

Darauf wurde das **Haushaltsprovisorium in dritter Lesung angenommen**, worauf der Sejm sofort zur Beratung der Vermögensabgabe schritt.

Eine bedeutsame Mitteilung des Innenministers

(Sonderbericht des „Posener Tageblattes.")

Die Sensation der Sonnabendsitzung des Sejm war die Mitteilung des Ministers des Innern Kiernik über eine große aufgedeckte Verschwörung. Auf seiten der Linken will man noch nicht so recht an die Tragweite dessen glauben, was der Minister dem Hause erzählte. Es fehlt nicht an Stimmen, die dem Minister vorwerfen, daß er sich einen guten Abgang vor Beginn der Ferien habe sichern wollen. Aber an solchen Deuteleien fehlt es im Sejm nie, und an den Bemerkungen des Ministers bleibt auf alle Fälle doch ein gut Teil höchst ernsthafter Tatbestände, trotz der Skepsis einzelner Abgeordneter. Er sagte, daß die Sicherheitspolizei auf die Spur der Verschwörer gekommen sei, die die Bombenattentate in Warschau (gegen die Lokalität der studentischen Hilfsbrüderschaft) und Krakau (gegen den Rektor der Universität Professor Nathanson) unternommen hätten. Es wurden wiederum Anschläge, und zwar gegen die Aushebungsämter von Bialystok und Czenstochau unternommen. Hierbei habe offenbar die Absicht bestanden, die Akten der Mobilmachung und der Aushebung zu vernichten. Die Polizei entdeckte nun eine kommunistische Organisation, verbunden mit einer vom Ausland hergeleiteten Spionageorganisation. Diese hatte die Aufgabe, Überfälle und Anschläge auf Eisenbahnen zu unternehmen und überhaupt Unruhen im Staate hervorzurufen. Eine Anzahl der zur Organisation gehörenden Personen wurden bereits seit langem von der Polizei gesucht. In der Nacht vom 1. zum 2. d. Mts. gelang es, die Führer dieser Organisation zu verhaften, darunter leider auch zwei Offiziere aus Warschau und Krakau. Gefunden wurden Bomben, die zur Spengung größerer Bahnbrücken dienen sollten, ferner Kohlenstückchen, in die Sprengmaterial eingesenkt war, wahrscheinlich um sie in die Tender zur Sprengung von Lokomotiven zu werfen. Es existieren Anzeichen dafür, daß diese Organisation mit den Attentaten im Mai in Zusammenhang zu bringen ist. Die Bedeutung und Gefährlichkeit dieser Organisation geht daraus hervor, daß in der Zeit von 26. bis 30. Juli im ganzen Lande eine Menge von Umsturzakten ausgeführt werden sollten. Die energischen Bemühungen der Sicherheitspolizei haben die Ausführung dieser Taten verhindert.

Die Rede des Abgeordneten Kronig.

in der Sejmsitzung am 3. August (Beratung über den Staatshaushaltsvoranschlag für das dritte Vierteljahr 1923) hatte folgenden Wortlaut:

„Hohes Haus! Die Regierung hat uns die Gesetzesvorlage über das Budgetprovisorium für das dritte Viertel des laufenden Jahres zur Beschlußfassung vorgelegt. Es bedeutet dies, daß wir in diesem ungesunden Zustande weiter verharren wollen, der sich bei uns gebildet hat; es ist dies ein Zustand, der mit der Konstitution unvereinbar ist, wenn ein Budgetprovisorium nach dem anderen zu einer Zeit beschlossen wird, wo der größte Teil des Geldes bereits verausgabt ist. Es gibt uns dies keine Möglichkeit, zu den einzelnen Ausgabenpositionen Stellung zu nehmen, da wir diese Positionen nicht kennen. Es handelt sich hier nur um die allgemeine Summe, die wir der Regierung geben sollen; wir sollen der Regierung die Vollmacht zur Verausgabung dieser ungeheuren Summe geben, die der Referent uns hier bezeichnete.

Der Herr Referent bemerkte gleichzeitig, daß dieses dritte Vierteljahr wieder mit einem großen Defizit abschließt, mit einem ungeheuren Fehlbetrag, der natürlich wieder nur durch den Druck neuer Markscheine gedeckt werden wird, nur durch eine neue Emission, die wiederum eine neue Teuerungswelle nach sich ziehen muß. Andere Maßnahmen hat die jetzige Regierung bisher nicht unternommen. Das Exposé des Herrn Ministers Linde sagt uns in dieser Beziehung gar nichts. Es war sehr rosig und sehr optimistisch, ich aber halte diesen Optimismus nicht für begründet, weil er zu dem wirklichen ökonomischen Stande des Landes im Widerspruch steht.

Meine Herren! Zwei Dinge sind grundlegend für das Budget und die Wirtschaft des Staates: Es sind dies erstens die Steuern und zweitens die Sparsamkeit. Was die Steuern betrifft, so geht aus allen bisherigen Aufstellungen hervor, daß der größte Teil unserer Einnahmen aus indirekten Steuern besteht, die mit ihrer ganzen Schwere hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung belasten und die dadurch noch die Teuerung steigern. Was die direkten Steuern anbelangt, so sehen wir nicht, daß die Regierung hier eine radikale Besserung unserer Finanzlage anstrebt, denn sogar die Vermögenssteuer, die dem Sejm jetzt zur Beratung vorgelegt wurde, wird nicht das Mittel zur Sanierung der Finanzen bilden und nicht das ergeben, was wir von ihr erwarteten.

Jeder der bisherigen Redner hat hier die Angelegenheit der Sparsamkeit berührt, jeder sagte, daß gespart werden müsse. Aber, meine Herren, diese Ersparnisse werden gewöhnlich in so geringfügigen Fällen gemacht, die für den Staatshaushalt überhaupt nicht in die Wagschale fallen. Wenn die Ersparnispolitik erfolgreich sein soll, so muß sie dort angewandt werden, wo die größten Ausgaben sind. Die größten Ausgaben in unserem Staatshaushaltsplan aber bilden

die Ausgaben für das Militärwesen.

Dieses unser Soldatenspielen kostet uns zu viel und führt das Land dem Ruin entgegen. Der Löwenanteil aller Ausgaben fällt auf das Heereswesen. Sie, meine Herren, behaupten, daß dies die erste Aufgabe des Staates sei, daß man in erster Linie dafür sorgen müsse, eine starke Armee zu schaffen, die die Gefahren abwehren könnte, die uns drohen. Ich bin der Meinung, daß man in diesem Falle die Ausgaben den finanziellen Möglichkeiten des Staates anpassen müßte, und daß durch eine gute auswärtige Politik die Angelegenheit so gestellt werden muß, daß wir eine vollkommen friedliche Politik führen, die uns nicht diese Gefahren bieten würde, gegen die wir uns verteidigen müssen.

In dieser Beziehung befindet sich

unsere Außenpolitik

auf einem für uns verderblichen Wege, denn sie hat den Weg eines engen Bündnisses mit Frankreich eingeschlagen, einem Staate, dessen Militarismus heute der erste in Europa ist, und der mit seinem Vorgehen zweifellos einen neuen Kriegssturm herbeiführen muß. Ich halte es heute nicht für richtig, in die Fußtapfen dieses ausgesprochenen Militarismus einzutreten, anstatt eine solche Politik zu führen, die in unseren Verhältnissen die einzig mögliche ist, eine Politik der Verständigung, der Anbahnung von Beziehungen zu unseren großen Nachbarn, dem Deutschen Reiche einerseits und Rußland anderseits. (Abg. Dubanowicz: Kaiser Wilhelm ist schon in Holland.) Lassen wir uns darüber nicht täuschen, daß Deutschland und Rußland, die heute schwach und unterdrückt sind, daß diese Staaten nicht wieder solche Machtfaktoren bilden werden, wie einst; denn es sind dies große Völker, die nicht vernichtet werden können. Ich halte eine solche Politik für die gesündeste, die diese Sachlage heute schon in Betracht zieht und bestrebt ist, durch Anbahnung von Beziehungen zu diesen Staaten unsere Politik auf den Weg der Vernunft zu führen. Dies wird uns die Möglichkeit geben, die Ausgaben für das Militär zu verringern, die unseren Staatshaushalt ruinieren. Wenn Kollege Abg. Diamand gestern gesagt hat, daß eine Besserung unserer Finanzlage erst dann eintreten kann, wenn in erster Linie die Teuerung bekämpft werden wird, so erkläre ich mich damit einverstanden; ich bin jedoch der Meinung, daß die Teuerung erst dann bekämpft werden kann, wenn die unproduktiven Ausgaben verringert werden. (Stimme: In Deutschland gibt es kein Militär, und es ist teurer!) Ich spreche nicht vom Standpunkt Deutschlands aus, sondern vom Standpunkt eines Bürgers des polnischen Staates. Ich halte es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit darauf zu richten.

Wie stellen sich angesichts dieser Ausgaben für das Militärwesen die anderen Ausgaben in unserem Staatshaushaltsplan dar? Nehmen wir z. B. das Bildungswesen, den Arbeitsschutz und die soziale Fürsorge. Diese Ausgabengebiete sind im Verhältnis zu den militärischen Ausgaben stark benachteiligt. Die Bildung ist eine der Grundlagen des Staates; sie ist die Grundlage des Lebens des heutigen zivilisierten Staates. Bei uns hingegen will man am Bildungswesen die größten Ersparnisse machen. Es tritt dies recht charakteristisch zum Vorschein bei der Besoldung der Lehrer. Das neue Besoldungsgesetz, das hier vor einigen Tagen beschlossen wurde, regelt diese Angelegenheit in ganz ungenügender Weise. Charakteristisch ist der Umstand, daß das Gehalt eines Volksschullehrers dem Gehalt eines Polizeiwachtmeisters oder eines Feldwebels im Heere gleichkommt. Es ist dies sehr bezeichnend dafür, daß unser Staat immer mehr den Charakter eines Polizei- und Militärstaates annimmt, hingegen nicht den Weg der Verbreitung der Bildung beschreitet. Ebenso ist für das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge im Verhältnis zu den anderen Ausgaben eine zu geringe Summe bestimmt. Die gegenwärtige Regierung hat natürlich für die Angelegenheiten der Arbeiter kein Herz, denn für die Arbeiter hat sie nur Kugeln und Bajonette, aber kein Geld für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Als die Arbeiter streikten, da sie durch die Hungerlöhne zu dem Streik gezwungen waren, als sie den Kampf um ihre Existenz aufnahmen, antwortete die Regierung darauf mit der Entsendung von Polizei und Militär, genau so wie einst die Kosaken die Aufstände der Polen unterdrückten.

Meine Herren! Einen großen Teil der Ausgaben bilden die Personalausgaben, die ungeheuer groß sind. Der Staat kann einen solchen Zustand nicht aushalten, wo jeder zehnte Mensch vom Staate unterhalten wird. Diese großen Personalausgaben entstehen jedoch nicht durch die hohen Gehälter, sondern durch die große Zahl der Beamten. Die Gehälter sind trotz der durch das neue Besoldungsgesetz erfolgten Regelung noch ungenügend; sie haben noch nicht das Existenzminimum erreicht. Aber gerade dieser Umstand, diese kleinen Gehälter, bedingen die große Zahl der Beamten, denn die besten Kräfte verlassen den Staatsdienst und gehen in Privatstellungen über. Dadurch sind wir gezwungen, an Stelle eines guten Beamten, drei vier schlechte zu setzen.

Meine Herren! Wir sehen nicht, daß die Regierung den Willen hätte, die Finanzlage des Staates radikal zu bessern; denn dazu gehört in erster Linie

der Kampf mit der Teuerung.

Einen energischen Kampf dagegen sehen wir nicht. Das ganze Land bricht unter der Last der Teuerung zusammen. Besonders hart trifft dies die arbeitenden Schichten der Bevölkerung, denen heute bereits der Hunger droht. Die Regierung tut in dieser Hinsicht nichts, um die Notlage zu mildern.

Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß die Gesundung der Finanzen nur dann erfolgreich sein kann, wenn an dieser Aktion die Gesamtheit der Bürger beteiligt ist. Es ist dies nicht eine Angelegenheit dieser oder jener Regierung, dieses oder jenes Ministers, sondern eine Angelegenheit aller Bürger. Nur dann, wenn alle Bürger einig an die Arbeit gehen werden und gemeinsam die Sanierungsaktion durchführen werden, nur dann wird sie von Erfolg gekrönt sein.

Meine Herren! Dazu ist in erster Linie erforderlich, daß alle Bürger dieses Staates gleichmäßig behandelt werden. Dies ist bei uns nicht der Fall, und es ist dies der Kardinalfehler unserer Staatlichkeit, daß bei uns

der Geist des Nationalismus

herrscht, der einen Unterschied macht zwischen den Polen einerseits und allen anderen Völkern, die diese polnische Republik bewohnen, anderseits. Dies zeigt sich in dem Verhältnis zu den nationalen Minderheiten, besonders im Verhältnis zu den kulturellen Forderungen derselben. Diese Forderungen sind berechtigt und stützen sich auf die Konstitution und die internationalen Verträge. Dennoch aber erachtet es die polnische Mehrheit nicht für notwendig, sich an diese Grundsätze zu halten. Wir, als deutsche Minderheit, müssen darüber Klage führen, daß die Regierung in dieser Richtung hin nichts tut. Im Gegenteil, unsere Angelegenheiten haben sich bedeutend verschlechtert.

Alle unsere Interpellationen, die an die gegenwärtige Regierung gerichtet wurden, und die Angelegenheiten unseres Schulwesens, der Staatsangehörigkeit in den Westgebieten und andere betreffen, sind bis jetzt unbeantwortet geblieben. Immer erhalten wir darauf die stereotype Antwort, daß die Regierung die betreffende Angelegenheit noch nicht erledigt habe, da sie noch keine Zeit dazu finden konnte. So werden Fragen behandelt, die unser Lebensinteresse bilden. Die Benachteiligung unseres Schulwesens zieht immer weitere Kreise. Jeder Schulinspektor, jeder Kurator erlaubt sich, unsere Schulgrundstücke wegzunehmen, unsere Schulen zu schließen. Durch die fatale Schulnetzpolitik verlieren wir eine Schule nach der anderen. In den Westmarken wird ein Deutscher nach dem andern ausgewiesen. Bei diesen Ausweisungen stützt man sich auf eine falsche Interpretation des Versailler Vertrages, im Grunde genommen aber handelt es sich hier ganz einfach um eine Raubpolitik, denn es geht um die Liquidierung der deutschen Güter, die anderen gefallen. Dieser Geist des Nationalismus, der im ganzen Lande herrscht, wie auch hier in diesem Hohen Sejm und in der Regierung, war wiederum am vergangenen Sonnabend während der Abstimmung über die Dringlichkeit unseres Antrages betr. das Schulwesen ersichtlich.

Was verlangten wir in diesem unseren Antrage? Nichts weiter als die gesetzliche Regelung unseres Schulwesens, nichts weiter als nur das, was uns in der Konstitution verbürgt ist. Sogar bei einer solchen Forderung hielt es die Mehrheit dieses Hauses für richtig, gegen unseren Antrag zu stimmen. Mit Bedauern muß ich hier feststellen, daß sogar die Parteien der Linken es nicht für nötig erachtet haben, für unseren Antrag zu stimmen. (Abg. Kwapiński: Wir können die Schulen nicht Euren Geistlichen ausliefern!) Wenn Sie, Herr Kollege, sagen, daß es sich um unsere Geistlichen handelt, so will ich die Sache berichtigen: Unser Antrag verlangte nur die Einbringung eines Schulgesetzes und dann das Belassen der Geistlichen auf ihren bisherigen Lehrämtern. Es handelt sich hier nicht um konfessionelle Schulen; denn wenn es darum ginge, würde auch ich diesen Antrag nicht unterschrieben haben. Übrigens wurde ja nur über die Dringlichkeit abgestimmt.

Dies alles weist darauf hin, daß die gegenwärtige Regierung die nationalistische Politik weiterführt und darin von der Mehrheit dieses Hauses, fast von allen polnischen Parteien unterstützt wird. So lange dieser Geist bei uns herrschen wird, so lange kann keine Rede sein von einer Gesundung der Republik. Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß die verbündeten Mächte den polnischen Staat nicht dazu geschaffen haben, um dem polnischen Volke die Möglichkeit der Unterdrückung anderer Völker zu geben. Der Zweck der Wiedererstehung Polens war ein anderer, war der, daß alle Völker, die dieses Land bewohnen, gemeinsam und einig den staatlichen Aufbau dieses Landes unternehmen sollen. Wenn Sie die Augen vor der Tatsache verschließen, daß dieser Staat ein Nationalitätenstaat ist, und behaupten, daß er ein Nationalstaat ist, so beweist dies nur, daß ein Verständnis für die tatsächliche Lage heute noch nicht vorhanden ist.

Wir werden uns nie damit einverstanden erklären,

daß diese unbedeutende polnische Mehrheit die anderen Völker unterdrückt, denn wir, die völkischen Minderheiten, bilden in diesem Staate zwölf Millionen, und es kann keine Rede davon sein, daß wir durch diese Unterdrückung unsere Nationalität verlieren.

Diese Politik, die hier geführt wird, führt zum Untergang. Nicht zu unserem Untergange, denn ein lebendes Volk kann nicht geknebelt werden, aber der Staat wird dadurch zum Ruin geführt. Gerade aus diesem Grunde, als Bürger dieses Staates, der sich zu allen staatsbürgerlichen Pflichten bekennt, sage ich dies hier, um eine Besserung in dieser Richtung anzustreben.

Wenn Herr Abgeordneter Stroński hier behauptet hat, daß die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten jetzt besser ständen, daß keine Klagen mehr vorgebracht würden, so hat Abg. Stroński dies für den Haag gesagt, wo jetzt die Angelegenheit der deutschen Kolonisten entschieden wird. Aber auch meine Stimme wird im Haag gehört werden, und ich stelle von diesem Platze aus fest, daß dem nicht so ist, — daß unsere Angelegenheiten sich unter der gegenwärtigen Regierung verschlechtert haben, daß die Unterdrückung und der Geist des Nationalismus immer stärker werden.

Meine Herren! Die gegenwärtige Regierung hat entgegen ihrer Versprechung, einer Versprechung, die in stereotyper Weise von allen Regierung wiederholt wird, nichts getan, um die Verhältnisse zu bessern. Sowohl die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes, wie die innere Lage, ganz besonders aber die Lage der völkischen Minderheiten, leidet unter der gegenwärtigen Regierung. Aus diesen Gründen können wir zu der gegenwärtige Regierung kein Vertrauen haben und werden gegen das Budgetprovisorium stimmen." (Beifall auf den Bänken der nationalen Minderheiten.)

Ein Freispruch.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurde der verantwortliche Redakteur der Bromberger „Deutschen Rundschau", Johannes Kruse, am 8. Juni vom Bromberger Schöffengericht auf Antrag des Staatsanwalts wegen „groben Unfugs", der in einigen Artikeln über das Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet erblickt wurde, zu 14 Tagen Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde sofort Berufung eingelegt, und die Sache ist bis jetzt noch in der Schwebe. Neuerdings zog man den Redakteur Kruse erneut zur Verantwortung auf Grund einer Anklage des Staatsanwalts, der in den am 28. Februar d. Js. unter den Überschriften „Französisches Kulturmuseum", „Geraubte Reichsbankmilliarden", „Die ritterliche Nation", „Austreibung der Frauen und Kinder", „Die gute Zeit für Verbrecher" erschienenen Artikeln einen „groben Unfug" und „Erregung öffentlichen Ärgernisses" nach § 360 Abs. 11 St.-G.-B. erblickte.

Die Verhandlung in dieser Sache fand am Freitag, dem 3. August, vor dem hiesigen Schöffengericht statt. Der Angeklagte Kruse betonte in seiner Verteidigung, daß er die inkriminierten Artikel ausländischen Zeitungen der verschiedensten Länder entnommen habe, die Berichterstatter nach dem Ruhrgebiet entsandt hätten. Diese Berichte hätten festgestellt, daß die jetzigen Vorgänge im Ruhrgebiet der Zivilisation widersprächen. Fast die ganze Kulturwelt verurteilte die französische Ruhraktion, ja sogar der Papst, der auch für die geschädigten Familien größere Summen gestiftet habe, hätte gegen das französisch-belgische Vorgehen protestiert. Der Angeklagte hob hervor, daß er diese Artikel aus politischer Überzeugung in Druck gegeben habe in dem Bewußtsein, daß sie der Wahrheit entsprächen.

Der Staatsanwalt hielt trotzdem seine Anklage aufrecht und stellte sich auf den Standpunkt, daß eine in Polen erscheinende Zeitung derartige Artikel mit Rücksicht auf das Bündnis Polens mit Frankreich nicht bringen dürfe. Solche Artikel riefen, nach seiner Meinung, öffentliches Ärgernis hervor, das in diesem Falle einem groben Unfug gleichkomme. Wenn jemand, so sagte der Staatsanwalt, durch den Ruf „Feuer" die ganze Stadt alarmiere, so begehe er denselben Unfug, wie er durch die Veröffentlichung derartiger Artikel angerichtet werde, durch die die polnische Gesellschaft sich schwer gekränkt fühlen müsse. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Haft.

In seinem Schlußwort betonte der Angeklagte, daß man hier von einer derartigen Kränkung wenig oder gar nichts gespürt habe. Eine bedeutend größere Beunruhigung hätten in Polen die abgegebenen offiziellen Erklärungen hervorgerufen, daß die ganze Ruhraktion der Franzosen dem polnischen Staat mehr schade als nütze. Noch unlängst erklärten der Außen- und der Finanzminister in verschiedenen Sejmkommissionen, daß die französische Ruhraktion das Wirtschaftsleben Polens sehr stark beeinträchtige und das Sinken der polnischen Mark, die von der Reichsmark abhängig sei, zur Folge habe.

Nach längerer Beratung fällt das Gericht ein freisprechendes Urteil mit der Begründung, daß auch ausländische Zeitungen derartige Berichte gebracht hätten und das Gericht nicht in der Lage sei, nachzuprüfen, ob diese der Wahrheit entsprechen oder nicht. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Republik Polen.

Der Gesetzentwurf zur Verringerung der Beamtenzahl.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Die außerordentliche Erregung, die die gesamte Linke ergriffen hat, weil die Regierung sozusagen im letzten Augenblick einen Gesetzentwurf einbringt, der die Autonomie des Sejm in so hohem Maße bedroht, dauerte auch am Sonnabend noch, wie schon am Freitag in später Abendstunde, ungeschwächt an. Offenbar besteht auch die Absicht, im Kriegsministerium und bei den hohen Militärstellen stark einzugreifen, und da im Heere und im Ministerium die Anhängerschaft Piłsudskis sehr stark ist, so kann man ruhig annehmen, daß der verärgerte Legionenführer auch seinerseits nicht stillsitzen wird, und daß man also schwere Parteikämpfe vor sich hat. Denn die Besorgnis auf seiten der Linken und der Anhänger Piłsudskis geht dahin, daß die Regierung das Gesetz vor allen Dingen dazu benutzen werde, um die parteipolitisch anders Denkenden aus ihren Ämtern zu entfernen, wozu naturgemäß in erster Linie die Anhängerschaft Piłsudskis zu zählen ist. In der Kommissionssitzung am Sonnabend ergriff wiederum der Sparkommissar Moskalewski das Wort. Er erklärte, daß im Haushaltsplan bereits vorgesehen ist, das Gesundheitsministerium und das Ministerium für Post und Telegraphie abzuschaffen. Die Diskussion hierüber war sehr erregt, und von seiten der Opposition nannte man dieses Vorgehen der Regierung ganz und gar faszistisch. Vor allem die Abgeordneten Liebermann (Sozialist) und Popiel (Nat. Arbeiterpartei) erklärten, einen erbitterten Kampf gegen den Gesetzentwurf führen zu wollen.

Aufhebung der Beschlagnahme einer deutschen Zeitung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Zwei Tage, nachdem der deutsche Abgeordnete Pankratz im Sejm gegen die Beschlagnahme der Bromberger Volkszeitung eine Protestinterpellation eingebracht hatte, wurde die Beschlagnahme aufgehoben und die betreffende Nummer freigegeben. Der Eingriff des Staatsanwaltes hat sich als unhaltbar erwiesen. Die betreffende Nummer hatte lediglich den Bericht über die stürmische Sejmsitzung enthalten, in der die Vorgänge bei den Streiks in Lodz und Czenstochau behandelt wurden. Der Wortlaut des Artikels und seine Ueberschrift deckte sich ungefähr mit der im Robotnik erschienenen und unbehelligt gebliebenen Fassung. Außerdem ist es unzulässig, Berichte über Sitzungen des Sejm unter Strafe zu stellen. Der Staatsanwalt, der die Beschlagnahme verfügt hatte, wird nun auch wegen Amtsüberschreitung zur Verantwortung gezogen werden, ein Vorgang, der hinsichtlich einer deutschen Zeitung in Polen ein Novum darstellt. Der Erfolg der Beschlagnahme war aber der, daß die betreffende Nummer, sobald sie in den verschiedenen Läden zur Ausstellung gelangte, im Handumdrehen ausverkauft war.

Polnisch-finnische Verhandlungen.

Mitte August trifft in Warschau eine finnische Abordnung ein, um mit Vertretern Polens über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Finnland zu beraten. Zu dieser Abordnung gehören auch die früheren Handelsminister Finnlands. In Zusammenhang mit den bevorstehenden Beratungen steht die Ankunft des Helsingforsers polnischen Gesandten in Warschau.

Aus der polnischen Presse.

Der unangemessene Ton der polnischen Blätter in Ostpreußen.

In ähnlichen Hetzereien wie die „Gazeta Olsztyńska", deren ungehörige Ausfälle wir am Sonnabend brachten, ergeht sich gewohnheitsmäßig auch das Ortelsburger Polenblatt „Mazurski Przyjaciel Ludu". Eine besonders willkommene Gelegenheit, seine Gesinnung zu dokumentieren, boten ihm neuerdings die Abstimmungsfeiern in Ermland und Masuren. Zu diesen Feiern schrieb es einen ungemein kennzeichnenden Kommentar, aus dem einiges in aller Kürze wie folgt wiedergegeben sein möge:

„Die Masuren sind nicht deutsch... Plebiszit in Masuren — Volksabstimmung. Das Volk hat gesiegt. Wirklich? Oder ein paar Herren in Allenstein? Man feiert großartige Feste, Siegesfeste mit Konzerten, Bällen und Volksbelustigungen. Wen hat man hier eigentlich vor drei Jahren besiegt? Die Polen? Oder die wenigen Leute, welche hier für Polen ihre Stimme abgegeben haben?" — Weiter dann: „Die Sieger schämen sich nicht, im Abstimmungsmuseum „polnische" Knüppel und andere Mordinstrumente auszustellen, mit welchen die polnische Bojówka die Hunderttausende von Siegern terrorisiert hat. Siegt nur so weiter und erringt unter Anführung des Herrn Worgitzki „das neue Reich aller Deutschen". Paßt aber auf, denn bei geschickter Arbeit der Gegner kann euch alles verloren gehen." — Schließlich sei noch erwähnt, daß das Blatt die Frechheit besitzt, in seinen Ausführungen so nebenher

die Deutschen auch mit Ausdrücken wie „Kulturschänder“, „Räuber“ und „Diebe“ zu belegen.

„Auch bei unseren Masuren und Ermländern kann, so schreibt die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ hierzu, genau wie bei der gesamten übrigen Bevölkerung, solch Gesudel nur das Gefühl der Verachtung auslösen. Sein Fundamentalsatz sozusagen, nämlich den: „Die Masuren sind nicht deutsch!“ widerlegt das Blatt im Grunde selbst, indem es an anderer Stelle sehr zutreffend von den „wenigen Leuten“ spricht, die bei der Abstimmung für Polen gestimmt haben. Jener Satz hätte also richtig zu lauten: Die Masuren sind nicht polnisch, sind keine Polen, wie ja übrigens vor einiger Zeit bei einer bestimmten Gelegenheit auch von polnischer Seite, und zwar von dem in Bromberg erscheinenden Polenblatt ausdrücklich festgestellt wurde.“

Schein und Wirklichkeit.

An die Nachricht, daß der Deutsche Schulverein in Ostpreußen für die deutschen Schulkinder in Polen eine mehrere Zentner umfassende Sammlung von Büchern zusammengebracht habe, knüpft die „Gazeta Olsztyńska“ (Nr. 84 vom 20. 4.) folgende Ausführungen:

„. . . Es ist das eine schöne und löbliche Absicht, und es wird das Ziel unserer Schulvereine und des Warschauer Adam Mickiewicz-vereins sein, daß, wenn auch bescheidenere, aber ähnliche Gaben auch dem Polentum in Deutschland, namentlich in Ostpreußen zugehen. Es wäre aber interessant, zu erfahren, von wem eigentlich das Einführen dieser ungeheuren Mengen von Büchern nach Polen abhängt, und es müßten diese Faktoren auf eine an der Zollgrenze in Deutsch-Eylau am 7. März d. Js. vorgekommene unbekannte Tatsache aufmerksam gemacht werden. An diesem Tage wurde einer Person, die Bücher und Material für die Kinderheime im Kreise Stuhm heranschaffte, alles abgenommen, was sie mit sich führte und als solches Material deklariert hatte. Es waren dies Bücher und Spiele aus dem Gebiet der Geographie usw. Man beschlagnahmte diese Gegenstände als in Deutschland unerlaubte, ohne jede weitere Erklärung. Mögen somit die in Polen maßgebenden Faktoren zunächst ihren Minderheiten im Auslande das Bestehen sichern, ehe sie in den Grenzen Polens riesige Vorräte an Büchern hineinlassen, die von der für ihre Brüder so opferbereiten deutschen Volksgesamtheit zusammengebracht wurden. Wir machen die maßgebenden Faktoren auf obige Tatsache aufmerksam mit der Bitte, sich an die Redaktion dieses Blattes um weitere Informationen und Beweise zu wenden, womit die interessierten Personen dienen können.“

Wie der von der „Gaz. Olszt.“ erwähnte Vorfall in Wirklichkeit aussieht, zeigt der folgende uns (dem „Pos. Tagebl.) zugegangene Bericht:

Die Feststellungen ergaben, daß am 7. März 1923 der als polnischen Agitatorin bekannten Gräfin Sierakowska, Ehefrau des früheren polnischen Generalkonsuls und jetzigen polnischen Landtagsabgeordneten Grafen Sierakowski in Gr.-Waplitz, auf der Rückreise von Warschau bei der Zollrevision auf dem Bahnhof Dt.-Eylau fünf Karten und zwei Kinderspiele zollamtlich beschlagnahmt und für verfallen erklärt worden sind, da die Einfuhr dieser offenbar für Agitationszwecke bestimmten Sachen verboten war. In den Karten und den Spielen, die geographischen und völkerkundlichen Inhalt hatten, waren deutsche Gebiete als zu Polen gehörig verzeichnet. Die beschlagnahmten Gegenstände sind dem Marienwerderer Hauptzollamt wieder zurückgegeben worden. Gräfin Sierakowska hat gegen die Beschlagnahme und Verfallerklärung Beschwerde nicht erhoben, da sie sich jedenfalls dessen bewußt gewesen ist, daß sie diese Sachen nicht einführen durfte.

Nach dem Tode Hardings.

Warren Gamaliel Harding war der 29. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Am 3. November 1920 wurde er als Kandidat der republikanischen Partei gegen Wilson, den Kandidaten der Demokratrn, als Präsident gewählt. Am 4. März 1921 trat er sein Amt an. Seine Amtsperiode würde im März 1925 abgelaufen sein.

Harding wurde am 2. November 1865 in Corsica, im Staate Ohio, als Sohn eines praktischen Arztes geboren. Sein Vater war schottisch-amerikanischer und seine Mutter holländisch-amerikanischer Abkunft. Später verzog sein Vater nach der kleinen Stadt Marion (Ohio), wo Harding schon in früher Jugend journalistisch tätig war und in Verbindung mit einigen Freunden als Zwanzigjähriger die kleine Zeitung „The Daily Pebble“ gründete. Später erwarb er das damals sehr unbedeutende Lokalblatt, den „Marion-Star“, der sich unter seiner Leitung zu einem einflußreichen Blatt entwickelte. Noch unlängst besuchte Harding eine Zeitungssetzerei, arbeitete dort einige Zeit und unterhielt sich aufs freundschaftlichste mit Redakteuren und Setzern. Den größten Teil seines Lebens verbrachte er in seiner Vaterstadt, wo er Direktor einer Bank wurde, in den Aufsichtsrat mehrerer Fabriken eintrat und das Amt eines Ältesten der Baptistenkirche übernahm. Politisch geschult in der strengen konservativen Tradition Neu-Englands und aufgewachsen in der Pionieratmosphäre des mittleren Westens, begann er seine politische Laufbahn im Jahre 1900 als Mitglied des Senates von Ohio, dem er bis zum Jahre 1904 angehörte. Vom Jahre 1904–1906 amtierte er als Vizegouverneur von Ohio. Als Kandidat von der republikanischen Partei für den Gouverneurposten von Ohio im Jahre 1910 aufgestellt, erlag er seinem demokratischen Gegner. Im Jahre 1915 wurde er vom Staate Ohio in den Bundessenat entsandt und trat dort besonders durch seine Tätigkeit als Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hervor.

Präsident Calvin Coolidge

ist 58 Jahre alt, Jurist von Beruf, war Anwalt, dann Staatsanwalt, Professor an der Universität Vermont und Bürgermeister von Northampthon. 1912 kam er in den Staatssenat von Vermont, dessen Präsident er von 1912–15 war. 1916–18 war er Vizegouverneur in Massachusetts, 1920 Gouverneur dieses Staates. Während seiner Gouverneurtätigkeit unterdrückte er mit Schärfe einen Streit in Boston. Coolidge war auch Mitglied der amerikanischen Delegation für die Friedenskonferenz. Politisch ist Coolidge bisher weniger hervorgetreten. In amerikanischen Kreisen Berlins nimmt man an, daß der neue Präsident die Politik seiner Partei, der Republikaner, in der bisherigen Linie fortführen wird, d. h., daß die innerpolitischen Ziele auch unter seiner Präsidentschaft im Vordergrunde stehen werden. Die Neuwahlen für das Präsidium finden im November 1924 statt, die Amtszeit läuft bis 1. April 1925.

Amerikanisches Wirtschaftsleben.

Das Streben nach Befreiung der Wirtschaft von der Politik.

Louis Seibold schreibt im „San Francisco Journal“: „Der Geschäftsgang innerhalb der United States zeigt ein stetiges und allseitiges Aufblühen. Fast alle Produktions- und Fabrikationszweige sind von dieser Welle in verschiedenem Grade berührt. In manchem Teil des Landes herrscht starker Optimismus. In anderen wieder verlangt der Skeptizismus eine konservative Wirtschaftspolitik für die Zukunft. Einige Wirtschaftsgruppen sind überzeugt, daß die Besserung der geschäftlichen Verhältnisse andauern wird, auf unbestimmte Zeit hinaus. Andere wieder, daß das Steigen der Produktionskosten, die Arbeitskürzung, die Steuern eine Inflation hervorrufen und abnorme Kosten der Rohstoffe, weiter ungemeine Erhöhung der Arbeitslöhne nach sich ziehen werden. In der Regel scheint der Reinertrag auf allen Gebieten des Handels im Verhältnis zum Umfange des Geschäftes kleiner zu werden. Die Angestellten stimmen in der Ansicht überein, daß früher oder später die Arbeits- und Rohstoffkosten sinken werden, bis wieder ein normaler Stand des Geschäftes eingetreten sein wird. Die Hauptklage geht über die Lohnskala und das Mißverhältnis bei klassifizierter und unklassifizierter Arbeit.

Die gegenwärtige Einschränkung der Einwanderung wird als Grund für die Unmöglichkeit angesehen, daß die Fabrikindustrie angemessene Gewinne garantieren könne. Man kann dafür früher keine Hilfe erwarten, als bis nach den Hauptwahlen im nächsten Jahre. Derzeit scheuen sich die politischen Führer, das Mißfallen der organisierten Gewerkschaften zu erregen.

Man kann weiter die Tatsache nicht leugnen, daß die meisten Farmer mit der Wirtschaftslage unzufrieden sind, und dafür den Politikern die Schuld geben, von denen sie fortwährend Maßnahmen verlangen, um der Bodenwirtschaft aufzuhelfen. Die Hauptklagen der Farmer richten sich gegen die niedrigen Preise, die Überproduktion, die beschränkten Märkte und ungenügenden Verkehrserleichterungen, die einseitige Begünstigung der Fabrikindustrie, die finanziellen Einrichtungen, Steuern und schließlich kommen die Klagen zurück auf den Mangel an Zusammenarbeit und Gleichstellung der landwirtschaftlichen Produktion. Alle diese Dinge tragen dazu bei, die Farmer empfänglich zu machen für die Lehren der berufsmäßigen Unglücksverkünder und Apostel der Unzufriedenen, welche durch zahlreiche Agenten versuchen, ein Zusammengehen von Landwirtschaft und Industrie durchzusetzen, und zwar in einem Programm, das Kommunismus, Syndikalismus und andere Formen vereinigt. Dieses verrät Sowjeteingebung. In manchen Teilen des Landes wenden sich die Farmer ab von den Politikern, indem sie versuchen, ihre Probleme durch Anwendung wirtschaftlicher Korrektive zu lösen. In dieser Gruppe gibt es ein Minimum an Klagen und wenn überhaupt, ganz wenig Radikalismus. Bemerkenswerte Beispiele für den Wert wirtschaftlicher Zusammenarbeit, wie sie von politisch Mutigen bevorzugt wird, sind für Kalifornien, Massachusetts, Kentucky, Jowa, Wisconsin, Maina und die Baumwollstaaten des Südens vorgesehen, wo gemeinschaftliche Produktion und Verkauf in Gunst steht.

Überall zeigt sich die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Assoziationen und die Befreiung der Wirtschaft vom Staate, das heißt von der Politik, wie sie heute noch verstanden wird.

Brief eines Schweizers.

Ein Brief liegt uns im Original vor, den ein Deutsch-Schweizer, der aber während seiner Erziehung auch die französische Kultur eingehend kennen lernte, geschrieben hat. Wir erhalten einen Eindruck von dem unerhörten Vorgehen der Franzosen auf deutschem Boden. Die betreffende Stelle des Briefes lautet:

„. . . Heute erhielt ich auch endlich einmal wieder ein Lebenszeichen von meinen lieben Eltern. Meine Mutter war in der Schweiz und reiste vor einigen Tagen, nachdem sie hier war, nach Honnef am Rhein. Die Heimreise kann leider erst später erfolgen, da durch die Sperre, die die Franzosen verhängt haben, kein Mensch reisen kann. Unsägliche Leiden hat meine lb. Mutter durchmachen müssen, bis sie an ihrem Bestimmungsort eingetroffen ist. Die verhängte Sperre, welche vom 15./16. d. Mts. (Juli) aufgehoben wurde, veranlaßte sie, schnellstens die Weiterreise anzutreten. Doch als der D-Zug in Frankfurt a. M. einlief, wurde die Sperre abermals von den Franzosen als geschlossen ausgerufen. Tausende von Ferien-Heimreisenden wurden mit meiner Mutter in Vohwinkel aus dem Zuge geholt und ihrem Schicksal überlassen. Hierzu kam noch, daß die Reisenden meistens knapp mit Geld versehen waren, da es ja nach Hause ging. Szenen müssen sich da auf dem Schienenstrang, wo sie alle aussteigen mußten, ereignet haben, die sich brieflich nicht wiedergeben lassen. Bei einem Haar wäre auch der ganze Menschenknäuel von einem heranbrausenden Schnellzug zermalmt worden, meine Mutter mit. Herren weinten, Damen bekamen Weinkrämpfe und Ohnmachtsanfälle, das Gepäck wurde gestohlen, kurz, es muß grauenhaft gewesen sein, was die Ärmsten und damit meine liebe Mutter haben durchmachen müssen. Über sechseinhalb Stunden mußte meine Mutter mit Handgepäck durch einen stockdunklen Wald laufen, ehe sie an ein Dorf kam, wo sie Unterschlupf fand. Infolge der Menschenansammlung mußte meine Mutter zwei Nächte auf dem Boden schlafen, da niemand die vielen Menschen unterbringen konnte. Trotz dem harten Lager will aber meine Mutter gut geschlafen haben. Ja, ja, wenn wir in der Zeitung von der Sperre, die die Franzosen verhängt haben, lesen, dann wissen wir alle und ahnen auch nicht, welche unaussprechliche Leiden in diesem Moment Tausende von Deutschen durchzumachen haben. Ich habe immer noch mit den Franzosen sympathisiert, dafür kann ich nicht, es lag in der Erziehung. Aber heute hat Frankreich leider jede Achtung bei uns verloren, und ich werde auch meinen Freunden und Bekannten in Frankreich die Augen öffnen über die schmähliche Handlungsweise, die diese große Nation am Rhein führt. Die Strafe wird aber nicht ausbleiben. So etwas rächt sich immer auf Erden. Über kurz oder lang ereilt auch sie ihr Schicksal. Nun genug davon.“

Sowjetrußland.

Das Kommissariat des Aeußeren.

Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat das Kollegium des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten in folgender Zusammensetzung bestätigt: Rakowski Vorsitzender, Litwinow Stellvertreter, Karachan, Kopp, Rotstein und Cusseinow als Mitglieder. Karachan ist mit einer Spezialmission nach China betraut worden.

Rakowskis Programm für seine Londoner Mission.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der Russischen Telegraphen-Agentur wies Rakowski, der neue Vertreter Sowjetrußlands in London, darauf hin, daß die Liquidierung des englisch-russischen Konfliktes und die Unterzeichnung des Abkommens über die Meerengen durch die Sowjetregierung der russischen Diplomatie in England weiteste Perspektiven eröffneten. Rakowski betrachtet es als seine Aufgabe, auf ein Zusammenarbeiten der Handelsorgane Sowjetrußlands mit den Kaufleuten der ältesten Handelsmacht hinzuwirken und eine größere politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Rußland und England zu schaffen.

Die russisch-japanischen Vorbesprechungen.

Aus Tokio meldet der „Temps“, daß die Verhandlungen zwischen Japan und Rußland am 1. August abgebrochen worden seien. Die japanische Regierung werde später eine Entscheidung darüber treffen, ob der bisherige Meinungsaustausch die Eröffnung einer offiziellen Konferenz lohne.

Es handelt sich um die zwischen Joffe als Vertreter Moskaus und Kawakami, dem japanischen Gesandten in Warschau, als Vertreter Japans seit dem 28. Juni im Tsukiji Seiyoku-Hotel in Tokio geführten Vorbesprechungen. Der „Temps“ hat bereits einmal von einem Abbruch der Verhandlungen wissen wollen, was sich hinterher als Tendenzmeldung herausstellte. So ist auch die obige Meldung mit Vorsicht aufzunehmen. Frankreich intrigiert lebhaft in Tokio gegen eine Einigung Japans mit Rußland, die als letztes, aber wichtigstes Ziel die Anerkennung Rußlands verfolgt. Schon als die japanische Regierung Neigung zeigte, mit Joffe zu verhandeln, wurde ein lebhafter Verkehr französischer Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt in Tokio festgestellt.

Die päpstliche Hilfsaktion in Rußland.

Die Mailänder „Gazetta del Popolo“ veröffentlicht eine interessante Unterredung ihres Berichterstatters beim Vatikan mit Professor Edmond Walsh, dem amerikanischen Jesuitenpater, der die Hilfsaktion, die der Papst nach Rußland geschickt hat, leitet, und der kürzlich in Rom eintraf. Die päpstliche Kommission, führte der Professor aus, befindet sich seit neun Monaten in Rußland. Die Hilfsstationen befinden sich in fünf weit voneinander getrennten Bezirken, in Moskau, in der Krim, in Rostow am Don, in Krasnodar im Kubangebiet und in Orenburg im Ural. Die Kommission versorgt täglich 200 000 Menschen mit Lebensmitteln. Besondere Hilfe läßt die Kommission den Kindern zukommen, für die infolge der glänzenden Zusammenarbeit der Katholiken der ganzen Welt, besonders in den Vereinigten Staaten, hauptsächlich gesorgt wird. Der Hunger ist jetzt fast vollständig geschwunden, und man darf hoffen, daß sich eine ähnliche Katastrophe in Rußland nicht mehr ereignen wird. Die Ernte verspricht gut zu werden, und man schätzt, daß sie für die Bedürfnisse des ganzen Volkes ausreichen wird. Infolgedessen ist die eigentliche Hungerhilfe nicht mehr notwendig, weshalb die Kommission jetzt bemüht ist, die schwerwiegenden Folgen des Hungers, besonders bei den Kindern zu bekämpfen.

Deutsches Reich.

Die Sozialdemokratie für den passiven Widerstand.

Im Auslande, teilweise auch in Deutschland selbst, ist vielfach die Anschauung verbreitet, daß die Sozialdemokratie nur noch mit halbem Herzen bei dem passiven Widerstand an der Ruhr weilt und bei nächster Gelegenheit sich für seine Aufgabe aussprechen werde. Da ist es denn von großem Interesse, daß Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, in seinem Blatt das Wort ergreift, um nachzuweisen, daß der Verzicht auf den passiven Widerstand die Schwierigkeiten nicht vermindern, sondern vermehren und die Verhandlungen über die Reparationsfrage unabsehbar verlängern werde. Mit vollem Recht weist Stampfer darauf hin: „Wenn wir uns für die Dauer damit einverstanden erklärten, daß die deutsche Wirtschaft aus dem Ruhrgebiet so viel oder so wenig Kohlen erhält, wie die französische Regierung ihr jeweilig, je nach ihrem Verhalten, zuerkennt, so wäre ein rascher Abschluß der Reparationsverhandlungen und damit die Schaffung eines dauernd beruhigten Zustandes erst recht noch nicht zu erwarten.“ Denn zum Abschluß der Verhandlungen gehöre vor allem auch die Zustimmung Englands. Nach der Kapitulation beginne mithin das Spiel von vorne, und nun unter verschlechterten Bedingungen. Frankreich habe jetzt nur noch mit England, nicht mit Deutschland zu verhandeln, und es könne warten, da es ein vertragsmäßiges Pfandrecht auf das Ruhrgebiet erworben habe. Der Artikel schließt mit den Worten: „Deutschland kann nicht einer Politik zum Triumph verhelfen, die das Verderben aller ist. Und darum kann es nicht kapitulieren!“

Die Forderungen der Sozialdemokratie an die Regierung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern abend die zweitägige Aussprache über die innen- und außenpolitische Lage beendet. Das Ergebnis der Beratungen war eine Entschließung Hertz, die mit großer Mehrheit angenommen wurde und die den drohenden Zusammenbruch der Innen- und Außenpolitik Deutschlands in erster Linie als Folge der Passivität der Reichsregierung bezeichnet. In der Resolution wird von der Reichsregierung größte außenpolitische Aktivität gefordert, um unter Aufrechterhaltung der Einheit der Republik, unter Erhaltung des Rheinlands beim Reiche und der Befreiung der Ruhr zur endgültigen Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen. In der energischen Verhinderung aller Sabotageakte und der Unterbindung der Rüstungen der ungesetzlichen Organisationen erblickt die sozialdemokratische Fraktion eine dringende außenpolitische und ebenso dringende innenpolitische Notwendigkeit. Insbesondere wird in der Resolution ein sofortiger Umbau des deutschen Steuersystems und die Aufbringung der Reparationslasten durch die Belastung des Sachbesitzes verlangt. Zum Schluß der Resolution heißt es: „Die Fraktion erklärt, daß sie die ganze Kraft der Partei zur Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen wird, und macht von dem Ergebnis dieser Anstrengung ihre weitere politische Haltung gegenüber der Regierung Cuno abhängig.“

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bemerkt zu der Entschließung: Die Abstimmung hat ergeben, daß die große Mehrheit der anwesenden 120 Fraktionsmitglieder zurzeit keinen Anlaß sehen, über die Frage der Koalitionspolitik eine Entscheidung herbeizuführen. Mehrere Resolutionen, die der Regierung das Mißtrauen aussprechen wollten und die große Koalition grundsätzlich ablehnen, wurden mit Mehrheit verworfen.

** **Neue kommunistische Taktik.** Karl Radek, der Bevollmächtigte Sowjetrußlands bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, veröffentlicht in der Berliner „Roten Fahne“ die Richtlinien für ein neues taktisches Programm der Kommunisten, die sich aus der von ihm offen eingestandenen Ohnmacht seiner Partei ergeben. Einerseits verlangt er den Verzicht auf größere Putsche in der Gegenwart, andererseits fordert er ein Eindringen in die Schichten des Kleinbürgertums, wobei natürlich das kommunistische Programm sorgfältig in die Tasche gesteckt werden muß. Nun werden aber gerade die kleinbürgerlichen Massen auch von den Deutschvölkischen mit Vorliebe bearbeitet. Radek denkt sich bei dieser Sachlage die Taktik so: es sei Aufgabe der Kommunisten, „gleichzeitig, wo wir ihnen die geballte Faust zur Abwehr entgegenstrecken, ihnen die Hand zum Bündnis entgegenzustrecken“. Diese eigenartige Taktik befolgen ja Radek und seine Leute schon einige Zeit, und es ist sehr interessant, daß in derselben Nummer der „Roten Fahne der Nationalist Graf Reventlow unter der Überschrift: „Ein Stück Weg?“ die Frage eines Zusammengehens seiner Gesinnungsgenossen mit den Kommunisten erörtert. Und zwar nicht etwa im abweisenden Sinne. Vielmehr bemüht er sich, den neuen Freunden nach Möglichkeit entgegenzukommen und die vorhandenen Differenzen durch dialektische Kunstgriffe als relativ unbedeutend hinzustellen. Beispielsweise erklärt er es als mit seiner Auffassung übereinstimmend, daß mit den Arbeitern, niemals gegen die Arbeiter der Sieg gewiß sei, fügt allerdings hinzu, daß er die Bezeichnung Arbeiter keineswegs auf das Proletariat beschränke. Auch einer Kooperation mit sowjetrussischen Truppen für die Befreiung Deutschlands aus der französischen Gewalt steht Graf Reventlow nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Man wird hiernach den Grafen Reventlow als Wegbahner für einen Zusammenschluß der Rechts- und Linksradikalen zu einer sozusagen „national-bolschewistischen“ Einheit betrachten müssen.

** **Sozialdemokratische innere Auseinandersetzungen.** Donnerstag nachmittag trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die sich, den Blättern zufolge, mit den Gegensätzen innerhalb der sozialdemokratischen Partei, insbesondere mit der Weimarer Sonderkonferenz beschäftigte, auf der dreißig sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete u. a. den Rücktritt des Kabinetts Cuno, das Zusammengehen mit den Kommunisten und die Anwendung außerparlamentarischer Mittel forderten. Die Beratungen wurden auf heute vertagt.

** **Deutschland und der S. S. S. R.** Wie sowjetamtlich gemeldet wird, hat der deutsche Geschäftsträger in Moskau, Herr v. Radowitz, der den gegenwärtig in Deutschland weilenden Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau vertritt, dem Außenkommissar des Sowjetbundes, Tschitscherin, erklärt, die deutsche Regierung sei bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zum Bunde der Sowjetrepubliken zu festigen und auszubauen. Das Exekutivkomitee der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationale hat die Veranstaltung eines internationalen Antifaszistentages beschlossen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr Martin Meister; für Stadt und Land i. V.: Robert Styra; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Durch das am 3. d. Mts. erfolgte Hinscheiden des Herrn

Sally Schwarz

ist unsere Gemeinde von einem schweren Verlust betroffen worden.

Der Verblichene hat als Mitglied des Gemeindevorstandes, dem er seit einiger Zeit angehörte, mit regem Interesse und klarem Verständnis für die Aufgaben der Gemeinde an ihrer Verwaltung mitgearbeitet und sich ein ehrenvolles Gedenken bei uns gesichert.

Poznań, den 3. August 1923.

Vorstand und Repräsentanten-Versammlung der Synagogen-Gemeinde

---

Wir haben durch den Tod unseres Mitgliedes

Herrn Sally Schwarz

einen herben Verlust erlitten. Trotz seines leidenden Zustandes hat er für unsere Anstalt stets ein reges Interesse gezeigt.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand des Latz'schen Siechenheims.

Durch den Tod unseres langjährigen Mitgliedes

Herrn

Sally Schwarz

hat unser Verein einen herben Verlust erlitten.

Der Verein Anschei Chesed.

Offerieren sofort lieferbar:

Neu

Deutsche Jägerzeitung

(Juli 1923).

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Alle [8450

landw. Maschinen,

Geräte, Bedarfsartikel, Reserve- u. Pflugteile, Drahtnägel, Huf-Eisen, Nägel

liefert sofort ab Lager

Woldemar Günter,

Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego Nr. 6.

Telephon 52-25.

Gut erhaltenen

Kutschwagen

Halbverdeck, Jagdwagen oder Britschke,

ein- oder zweispännig, zu kaufen gesucht.

Offerten mit Preis unt. W. G. 8451 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat August 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.

Vom 6. bis 12. August:

Der Liebesgarten

(Yoshivara).

Phänomenale Tragödie aus dem Leben der Japaner in 6 Akten.

Anfang der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Wir kaufen

in Waggonladungen und kleineren Partien:

Erbsen, Bohnen, Saubohnen.

[524

Poznański Bank Ziemian Sp. Akc.

Centrale: Poznań, Podgórna 10.

Telephone: 13-93, 13-94, 36-93, 36-97.

Filialen: Bydgoszcz, Grudziądz, Katowice, Leszno, Ostrów.

Neue deutsche Handelskurse

verbunden mit landwirtschaftlichem Unterricht.

Beginn: 6. August.

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Französisch Englisch, Esperanto, Banktechnik, Büropraxis usw.

Nur staatlich geprüfte Fachlehrer!

Schulhaus ul. 27. Grudnia 4 (Gartenvilla).

Sprechzeit des Schulleiters v. 12—1 und v. 7—8 Uhr.

Sprechzeit in der Wohnung, Poznań, św. Wojciech 29 von 2—3.

Kartoffelgraber

„Progress" „Fünfstab"

vereinigt alle Vorzüge bewährter Systeme und ergänzt dieselben durch wertvolle Patente Kuhl & Lippitz.

8280]

Neu! Verstellbarkeit der Wurfweite während des Betriebes!



Verlangen Sie Prospekte von Ihrem Maschinenlieferanten!

Die **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ulica Zwierzyniecka 6,** Abteilung:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke:

Dr. Schneickert und Geißel, Einbruch und Diebstahl und ihre Verhütung.
Dr. Schneickert, Eignungsprüfungen für den Kriminaldienst.
Sailer, Lach oder stirb, Münchener Humor, mit vielen Illustrationen.
Hecht, Der Selbstinstallateur elektrischer Hausanlagen.
Scholz, Leitfaden zur Erlernung des Korbmacherhandwerks mit 30 Abbildungen.
Weinhold, Selbstverfertigte Unterhaltungsspiele, mit 25 Abbildungen.
Crohn-Wolfgang, Lettlands Bedeutung für die östliche Frage.
Beckert, Die Aquarellmalerei und ihre Anwendung auf Architektur und Landschaft.
W. Scheff, Der große Tenor. Roman eines Künstlers.
Zingerle, Was koche ich? 8°, 576 Seiten.
Dr. Luers, Mälzerei (Brauereiwesen).
Thoma, Münchnerrinnen. Roman.
Kinderscheidt, Lehrbuch der vereinfachten deutschen Stenographie (Einigungssystem Stolze-Schrey).
Wie schneidere ich Blusen und Röcke.
Mann, Die Erlösung der Menschheit vom Elend.
Dr. Wahle, 205 anregende Fälle von Gerade- und Krumm-Denken. Prakt. Logik für jung und alt, Mann und Frau.
Dr. Wiener, Entstehung und Wesen von Natur und Kultur.
Schlote, Die Krone der Heilkunst am häuslichen Herd.
Lippmann, Die Holzbiegerei.
Wartberg, Die Befreiung Indiens.
v. Brockdorff, Grenzland. Roman.
Klemann, Japan, wie es ist.

Kaufe

Restgut

von 50 bis 120 Hektar, im Posener Teilgebiet od. Pommerellen. Bedingung: guter Boden, kompl. Inventar, schönes Wohnhaus u. Garten. Bin kaufsberechtigt. Ausführliche Off. mit Preisangabe erbeten an Annoncen-Exped. **„Reklama Polska" T. A., Aleje Marcinkowskiego 6,** unter **„Restgut 6579".**

Metalle

Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei rc. kaufen ein und zahlen die höchst. Tagespreise.

J. Dziabaszewski i Ska., Maschinenfabrik,

Poznań, Przemysłowa 35.

Kinderwagen

zu kaufen gesucht. Angeb. unt. **8453** an die Geschft. d. Bl.

---

1 Strickjacke

zu kaufen gesucht. Off. nur mit Preisangabe unt. **B. C. 8383** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ich habe sehr billig abzugeben u. auf mein. Lager zu besichtig.

2 gebr. Dampfdreschmaschinen

Fabrikat Clayton & Shuttleworths, 60 Zoll Trommelbreite.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Gelegenheitskauf.

Antiker Herrenschreibtisch billig zu verkaufen. Zacisze 2 II. Et., Ecke ul. Jasna.

Achtung!

Ein Cutaway mit Weste, Marengo, gut erhalten, **zu verkaufen.** Gefl. Angebote unter **8459** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Verkaufe Jagdhund,

Deutschkurzh., Brauntieger, hoh., kräft. Rüde, bester Gebrauchsh., im 3. Felde. Preis n. Uebereink. Nehme auch Rev.-Büchsem. Fernrohr in Tausch. **Klemens, Förster, Jablonowo b. Ujście, powiat Chodzież.** (8447

Gut erhaltenes

Opernglas

zu verkaufen. Off. u. **8398** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

KINO Colosseum św. Marcin 65.

Vom 6. bis 12. August:

Tragische Nächte

Sensationelles Abenteuerdrama aus dem Leben der Meeresschmuggler in 6 Akten.

Zwei evangelische Damen, 20 u. 24 Jahre alt, wünschen, da es ihnen an passender Herrenbekanntschaft fehlt, mit evangelischen Herrn

zwecks späterer Heirat

in Briefwechsel zu treten. **Lehrer und mittl. Beamter bevorzugt.** Strengste Diskretion Ehrensache. Ernstgemeinte Anträge bitte mit Angabe der Verhältnisse unter **„Gefunden 8424"** an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

Landwirt, 26 J. alt, sucht Bekanntschaft mit einer jungen, passenden Dame (Vermögen Nebensache) zwecks

Heirat.

Ernstgemeinte Zuschriften u. Bild u. **P. 8445** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Möblierte od. leere Wohnung,

2—3 Zimmer, Küche, Badezimmer, elektr. Licht, od. 2-3 Zimmer mit Gebrauch von Küche und Badezimmer, von Ausländerin f. sofort gesucht. Off. u. **8404** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein gut möbliertes Zimmer

an ruhigen, soliden Herrn zu vermieten. Off. u. **A. H. 8452** a. d. Geschft. d. Bl. erb.

Ia. deutschen, Albendorfer hydraulisch gemahlenen

Zementkalk,

vorzügliches Baumittel, besonders zum Putzen und zur Fabrikation von Dachsteinen.

Erheblich billiger als Zement.

Lieferung prompt ab deutschem Werk und ab Lager Opalenica.

(8418

Ia. Portland-Zement

und

Ia. Bau-Stückkalk

zu günstigen Preisen.

Willy Meisel,

Baustoff-Großhandlung.

Opalenica. Tel. 37.

Geborener Posener sucht seine gute

Administratorstelle

in der Nähe v. **Halle-S.** gegen eine **gleichwertige in Polen einzutauschen.**

Offerten an **Max Schensky, Stedten,** Bezirk Halle (Saale), Deutschland.

Kaufe

[8449

Raps, Rübsen, Leinsamen, Ackerbohnen, Erbsen

in kleinen und großen Partien zu **höchsten Preisen.**

Gebe ab: 40% Kali.

Liefere laufend:

oberschl. Stückkohle.

Emil Blum, Opalenica.

Telephon 33.





Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl.**

Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Aus Stadt und Land.

Posen, den 6. August.

Neue Musterung der Jahrgänge 1883—1899.

Im Zeitraum vom 15. August bis 8. September findet eine militärische Musterung der in den Jahren 1883 bis 1899 geborenen Männer statt, die bei der Registration zu der Kontrolliste 3 zugeteilt wurden. Zu diesen gehören:

1. diejenigen, die bisher weder im polnischen Heer noch in den Armeen der Teilungsmächte gedient haben;

2. diejenigen, die in den Musterungen der früheren Teilungsmächte durch die Kommission für dienstunfähig erklärt wurden (nach polnischer Benennung zur Kategorie D gehörig);

3. alle die, die bei der polnischen militärärztlichen Musterungskommission des P. K. U. (Bezirkskommando) für die Kategorien E und D qualifiziert wurden, ebenso Invaliden, die durch die polnische Revisionskampanie qualifiziert wurden.

Ferner finden Zusatzkontrollversammlungen statt für die Männer, die in den Jahren 1883 bis 1899 geboren sind und beim Haupttermin, der für diese Versammlungen im Frühling festgesetzt war, sich nicht zur Kontrollversammlung gestellt haben, insbesondere

1. diejenigen, die sich zur ärztlichen Musterung in der polnischen P. K. U. gestellt haben und infolge dieser Musterung im polnischen Heere gedient haben, mit Ausnahme derer, die vom Dienst im polnischen Heere befreit wurden als zugehörig zur Kategorie D;

2. diejenigen, die sich der P. K. U. zur militärischen Musterung gestellt und bei der Musterung die Klassifikation zur Kategorie A, C1 oder C2 erhalten haben, aber in die Reihen des polnischen Heeres nicht aufgenommen wurden, also mit Ausnahme der bei der Musterung mit den Kategorien B und D Bezeichneten.

Näheres über den Termin der Musterungen und Kontrollversammlungen in Posen wird demnächst bekanntgegeben.

Teuerung.

Eine neue Teuerungsflut überschwemmt wieder einmal unser Land; von den kleinen Teuerungswellen, die in den letzten Monaten unseren kranken Wirtschaftskörper eigentlich dauernd in Bewegung setzten, wird nur wenig Notiz genommen. Man gewöhnt sich ja an so vieles. Gegenwärtig aber machen sich die schmerzhaften Zuckungen in einem ungewöhnlichen Maße bemerkbar. Die Preise für sämtliche Bedarfsartikel treiben mit ballonartiger Geschwindigkeit in die Höhe. Ob es sich um Lebensmittel, Brot, Fleisch usw., um Kohle, Holz, Tabakwaren, um Spiritus, Papier oder sonst etwas handelt, keiner dieser Artikel ist wohl jetzt um weniger als 50 Prozent gegen den Preis vor 14 Tagen gestiegen. Es scheint beinahe, als ob wir es unserem deutschen Nachbarn gleich tun wollten. Und stöhnend unter der Last der Teuerung schreiten die Völker dahin. Denn nicht im entferntesten halten die Einkünfte der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Geschäftsleute mit den wahnsinnigen Preiskletterkünsten Schritt. Wäre dies, dann könnte es uns schließlich egal sein, ob wir einen blauen oder grauen „Lappen" für dieses oder jenes Erzeugnis opfern müssen. So aber schreitet die Verelendung der breiten Massen weiter fort. Und doch gibt es da „Extraschlaue", die schlankweg erklären, wir hätten gar keine Teuerung. So behauptete kürzlich ein polnisches Blatt, und begründete seine Behauptung damit, daß unsere Landespreise den Weltmarktpreisen sich noch lange nicht angeglichen hätten. Mit anderen Worten also: Die Preissteigerung wäre ein ganz natürlicher Vorgang. Wundert Euch nicht, schimpft nicht und seid getrost — in Eurem Elend. Mit derartig grausamen Spitzfindigkeiten läßt sich schließlich alles decken. Der betreffende Schreiber sollte nur einmal in die Hütten der Armen Einblick nehmen und sich überzeugen von ihrem langsamen wirtschaftlichen Untergang, ehe er dem Volke derartige unschmackhafte Beruhigungspillen zu schlucken gibt.

Naturdenkmäler in der Tucheler Heide.

Mehrere Herren aus Krakau bereisen die Tucheler Heide, wohl behördlicherseits, um deren Naturdenkmäler, wie charakteristische Landschaften, seltene Bäume und Pflanzen kennen zu lernen. In der näheren Umgebung von Tuchel kommen für die betr. Landschaftsmotive in Betracht: die schönste Stelle des Brahetales, „Die Hölle" bei Schwiedt, die „Eichberge" bei Tuchel, das „Paradies" mit seinen Balsampappeln in Wildgarten bei Schliewitz, der „Eißbusch" mit seinem Eichenbestand bei Mukrz; an seltenen Bäumen: die starke, zweibeinige Kiefer in Bismarcksheide bei Cekcyn, die Schuppenkiefer im Schutzbezirk Somersin bei Byslaw, die Elsbeere im Brahetal bei Tuchel, der vorhin genannte reiche Eichenbestand im Eißbusch, die Balsampappel in Wildgarten. Die Elsbeere im Tucheler Brahetal ist ein leider im Schwinden begriffener Waldbaum, der dagegen in der „Chirkowa"-Försterei Eichwald noch reichlich gedeiht. Vorgenannte Naturdenkmäler waren neben vielen anderen in der weiten Heide schon lange unter staatlichen Schutz gestellt, als nahe bei Tuchel die Gletscherweide vorgefunden wurde; sie ist ein Zeuge der Eiszeit, ihr Geschlecht reicht in jene ferne Zeit, da sich die ersten Pflanzen auf dem eisfrei gewordenen Boden ansiedelten. Nahe der Eisenbahnbrücke, die über die Brahe führt, befindet sich die „Schäferei", früher zum Gute Neutuchel gehörig; der Schäferei gegenüber, jenseits des Bahndammes, auf einem kleinen einsamen Moor, wächst die Gletscherweide. Die schwankende Torfmoordecke mit ihrer rauhen Vegetation bietet ihr die letzte Zufluchtsstätte. Prof. Dr. Conwentz veranlaßte dann auch seinerzeit, daß dieses Moor zum Naturdenkmal erklärt wurde, um es vor Vernichtung zu schützen.

✕ **Erhöhung des Post- und Telegraphentarifs in Aussicht.** Wie die „Republika" in Erfahrung bringt, soll an maßgebender Stelle die Frage einer neuen Erhöhung des Post- und Telegraphentarifs vom 15. August bzw. 1. September ab erwogen werden, da der gegenwärtige Tarif zu der in letzter Zeit stark angewachsenen Teuerung in keinem Verhältnis steht. Die geplante Erhöhung soll bis 150 Prozent betragen. Für Briefe und Karten sollen die Gebühren um 100 Prozent erhöht werden, während die Gebühr für Einschreiben der Briefe unverändert bleiben soll.

Durchlöcherung der Postwertzeichen. Um Industrie- und Handelsunternehmungen die Möglichkeit zu geben, ihren Verbrauch an Postwertzeichen zu kontrollieren, hat das Post- und Telegraphen-Ministerium gestattet, die Postwertzeichen mit den Anfangsbuchstaben der Firma zu durchlöchern. Es muß aber darauf geachtet werden, daß der Durchmesser der Löchelchen nicht ¾ Millimeter überschreitet und der Abstand zwischen den Löchern nicht kleiner ist, als ihr Ausmaß. Durchlöcherungsmuster sind vorher dem Postamt einzureichen.

Der Zuckerkleinverkauf der Bank Cukrownictwa, von dem wir neulich berichteten, beginnt heute, den 6. August ul. Pocztowa (früher Friedrichstr.) 16. Der Zucker wird nur an Erwachsene abgegeben gegen Vorlegung des wykaz osobisty und nur 1 Kilogramm pro Woche zum Preise von 21 000 Mark. Es sind auch noch andere Vorsichtsmaßregeln getroffen, damit kein Unfug geschieht.

✕ **Folgende Mahnung und Warnung an Eisenbahnreisende** wird von amtlicher Seite erlassen: Von Reisenden, die sich eine Verunreinigung von Eisenbahnwagen haben zuschulden kommen lassen, wird für die infolgedessen notwendig gewordene besondere Reinigung eine Gebühr von 10 000 Mark erhoben. Beschädigungen werden nach dem jeweilig geltenden Tarif geahndet. Reisende, die sich der Entrichtung solcher Gebühren zu entziehen suchen, sind auf der nächsten Station an die Eisenbahn- oder Polizeibehörden abzuliefern.

✕ **Sein 70. Lebensjahr** vollendet am 8. August ein langjähriger Abonnent des „Pos. Tagebl.", Herr P. Hille. Der Jubilar erfreut sich einer seltenen körperlichen und geistigen Frische und ist seit ca. 20 Jahren im Genossenschaftswesen tätig. Herzlichen Glückwunsch!

✕ **Miljonówka.** In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 4 226 702.

Erhöhte Löhne. In der Holzindustrie gelten vom 1. August um 85 v. H. höhere Löhne. In der Metallindustrie haben die Arbeitgeber den Handwerkern 100 v. H. und den nicht qualifizierten Arbeitern 80 v. H. Zulage bewilligt.

Das Meßabzeichen für die Herbstmesse 1923. Der Preis des Leipziger Meßabzeichens, das zum beliebig häufigen Besuch sämtlicher Meßhäuser berechtigt, war vor einiger Zeit für den bis zum 11. August geltenden Vorverkauf auf ½ Friedensmark und für die spätere Zeit auf 1 Friedensmark auf Dollarbasis festgesetzt worden. Der Arbeitsausschuß und der Verwaltungsrat des Meßamts haben neuerdings beschlossen, trotz der enormen Steigerung des Dollars das Meßabzeichen bis zum 11. August noch zum Preise von 20 000 M., also weit unter einer halben Friedensmark, abzugeben. Nach dem 11. August wird jedoch der erhöhte Preis von 1 Friedensmark auf Dollarbasis gelten. Da der Preisunterschied ganz erheblich sein wird, empfiehlt es sich, das Meßabzeichen sofort zu bestellen.

✕ **Zu dem mysteriösen Sturz** aus dem Fenster des Droschkenkutschers Kubiak, von dem wir neulich an dieser Stelle berichteten, schreibt das in Posen erscheinende Organ der N. P. R., die „Prawda", wobei sie sich oft in recht scharfen — wir wissen nicht ob begründeten — Ausfällen gegen die Posener Polizei wendet. Es heißt darin unter anderem: „Die Familie des Verstorbenen hat von der Staatsanwaltschaft die Einleitung einer Untersuchung und eine Sektion der Leiche verlangt, da es unwahrscheinlich ist, daß Kubiak aus eigenem Antrieb aus dem Fenster gesprungen ist. Er muß durch das Verhalten der Schutzleute dazu getrieben worden sein . . ." Es wird weiterhin gesagt, daß Kubiak beim Militär gedient hat, am Posener Aufstand teilnahm, bei der Befreiung Lembergs sich beteiligte und auch am oberschlesischen Aufstand aktiv tätig war. Nach seinem Austritt aus dem Heere sei er, da keine Arbeit vorhanden war, Droschkenkutscher geworden. Kubiak war kein Säufer. Von Zeit zu Zeit (!) betrank er sich jedoch mit seinen Kollegen, wie viele andere „treffliche Bürger" auch. Die „Prawda" richtet an die Behörden den Appell, zur Gesundung der Verhältnisse und zur Klärung dieses traurigen Falles alle Hebel in Bewegung zu setzen. Der Verstorbene sei, wie seine Militärkollegen aussagen, stets aufopfernd und kampfesmutig (!) gewesen. Wir hoffen, daß bald eine Klarstellung erfolgen wird, da sonst durch die Artikel, wie sie die „Prawda" schreibt, das Vertrauen zu unserer Posener Polizei untergraben wird, und das ist unseres Erachtens nach unnötig und erschwert den Sicherheitsorganen nur ihren schweren Stand.

Der Alkoholfreund, der neulich eine Schaufensterscheibe der Firma Leitgeber an der Ecke ul. Wodna und Wielkie Garbary einschlug und 2 Flaschen Schnaps mitnahm, ist von der Polizei gefaßt worden.

Diebstähle. Aus einem Eisschrank wurden am Plac Wolności 7 dreizehn Pfund Butter entwendet. — Einem Kaufmann auf der Wallischei (Chwaliszewo 1) wurde für 5½ Millionen Mark Leinwand gestohlen. — Einem gewissen Andrysiak aus der ul. Niegolewskich 3 (früher Augustastraße) wurden 40 Mark Gold entwendet. Als angeblicher Täter wurde ein Schmied in Haft genommen.

Festgenommen wurden mehrere Obdachlose, Betrunkene und Prostituierte. Wegen Stehlens eines Fahrrades, sowie von 28 Metern Leinwand und 4 Laken nahm die Polizei zwei Langfinger fest.

---

* **Dirschau,** 1. August. Noch in Erinnerung vieler ist die Mordtat bei Pelplin, der ein kleiner Hofbesitzer in Lippinken bei Pelplin vor mehreren Monaten zum Opfer fiel, und zwar durch die Hand seiner nächsten Anverwandten. Die gemeldete neue Bluttat wirft ein neues Schlaglicht darauf, wie weit es gekommen ist, wenn verwandtschaftliche oder nachbarliche Beziehungen einmal wegen Geringfügigkeiten hart aufeinanderstoßen. Schwere Bluttaten und selbst Mordtaten bilden jetzt bald etwas Alltägliches in dieser Hinsicht. Nach Ermittelungen der hiesigen Kriminalpolizei unter Leitung des Herrn Kommissars Schmidt sind bereits gestern die Personalien des Ermordeten sowohl als auch des Mörders festgestellt worden. Der Erschlagene ist ein kleiner Eigentümer namens Johann Szczeblewski, der in der an die Gemeinde Pelplin angrenzenden Kolonie ein kleines Anwesen besaß und sich außerdem noch als Feldwächter größerer Besitzungen betätigte. In Ausübung dieses Dienstes hat er dabei auch den Sohn des in seiner nächsten Nachbarschaft wohnenden Arbeiters Franz Banach bei einem Felddiebstahl betroffen und dieses auch pflichtgemäß zur Anzeige gebracht. Als nun Szczeblewski am Sonnabend gegen Abend von seinem Felde auf dem Heimweg begriffen war, wobei er noch die zum Mähen notwendigen Geräte mit sich führte, hat ihn Banach ganz kurz vor seiner Behausung gestellt, und es muß auch gleich nach einem kurzen Wortwechsel ein schwerer, langwieriger Kampf zwischen den beiden entstanden sein. Der Tatbestand ergibt, daß die Leiche des Sz. am frühen Morgen mitten auf der Chaussee vorgefunden wurde, in der einen Hand noch einen Hammer haltend, mit dem er sich anscheinend tatkräftig gewehrt hat. Drei Schußverletzungen am Kopfe zeugen davon, daß es Banach als Unterlegener schließlich vorgezogen hatte, Szczeblewski schließlich aus der Deckung hinter einem Chausseebaume niederzuknallen. Am Tatorte wurden ferner im Chausseegraben mehrere Blutspuren festgestellt, auch fand man, wie bereits gestern gemeldet, ein Stück eines Daumens dort vor, welches Glied Szczeblewski dem Banach im

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wie ein Träumender schritt Hasso durch den Märchenwald mit seinem sonnigen Herbstzauber. Und er achtete auch nicht darauf, daß plötzlich, wie hingezaubert, ein starker Keiler mit elfenbeinweiß schimmerndem Gewaffe auf nur vierzig Gänge mitten auf dem Gestell stand, sekundenlang aus kleinen, bedrohlich funkelnden Lichtern herüberäugte und dann mit einer Flucht die verfilzte Fichtendickung zur Linken annahm. Erst als die Schneise im scharfen Winkel abbog, blickte Redern auf. Ein halbes Lächeln huschte über seine Züge. Natürlich, nun war er doch wieder, unbewußt, denselben Weg gegangen, wie an den drei vorhergegangenen Sonntagen, hierher, nach dem schwarzen Kreuz, unter dessen Stamm noch ein welker, vom Regen durchnäßter Waldblumenstrauß lag.

Daß er noch immer nicht davon loskommen konnte, von dieser Liebe, die ihm wie ein langsam wirkendes Gift, wie eine schleichende Krankheit im Blute lag! Gekämpft hatte er und gerungen — umsonst, es war ein aussichtsloser, vergeblicher Kampf gewesen, und nun — — nun stand er am Ende. Auch für das, was ein Mensch ertragen konnte, gab es eine Grenze! Was bedeuteten ihm der Besitz und die ererbte Scholle? Das alles waren jetzt so unsäglich nebensächliche, gleichgültige Dinge, die ihn nicht mehr berührten und „Pflicht", „Pflichten gegen sich und die Allgemeinheit", auch das waren im Grunde genommen nur Schlagworte, Phrasen um jeden, der seine eigene Wege ging, mit einem sanften moralischen Zwang in die altherkömmliche Schablone der Gesellschaftsordnung zu pressen, um ihn mit einem Schein des guten Rechts bequemer schulmeistern zu können. Aber lebte denn ein Mensch für sich oder für andere? War des Daseins Länge nicht so kurz bemessen, daß es eine Sünde gegen sich selbst war, auch nur eine Stunde der Freude und des Glücks ungenutzt verstreichen zu lassen?"

Wohl ein dutzendmal hatte Redern auf dem Sprung gestanden, nach Clanitz zu fahren, doch immer wieder verließ ihn der Mut — er hatte ja sein Wort verpfändet, Marianne nicht eher wiedersehen zu wollen, bis sie selbst ihn rufen würde. Ohne auf die schnellenden Zweige zu achten, bahnte sich Hasso seinen Weg mitten durch das wuchernde Gestrüpp der Dickung, und nun war es ihm, als könne er den Augenblick nicht mehr erwarten, bis er den reinen, klaren Spiegel des Sees vor sich sah. Da drunten war Ruhe und Frieden, da war Vergessen, alles Leids, all des Bitterschweren, das der Lebenskampf mit sich brachte. Oder gab es auch dann noch Haß und Liebe, Sieg und Niederlage?! Noch einer war wiedergekommen, der Antwort hätte geben können, und — Hasso hielt es für Fahnenflucht vor dem Leben, mit eigener Hand das Tor zu öffnen zu jenem letzten, dunklen Weg, der am Ende aller Dinge vom Glauben zum Schauen führen soll.

Noch zehn Schritte durch kniehohen Ginster und wucherndes, dorniges Brombeergerank, das wie mit tausend krallenden, tastenden Armen nach dem Eindringling griff — dann teilten sich die Zweige der Randfichten, und wie ein Becken aus poliertem Silber blinkte der Spiegel des Sees auf, als würde alles Sonnengold, all das schimmernde, funkelnde, gleißende Licht in verstärktem Glanze zurückgeworfen. Aber nicht dieser Anblick war es, der Rederns Fuß stocken ließ — nein, dort, mitten auf der Blänke, wiegte sich leise schaukelnd der Kahn, und in ihm stand aufgerichtet, umwoben von einem goldigen, funkelnden Strahlenkranz, eine weiße Lichtgestalt — — ein Weib. — —

„Marianne!" schrie Hasso auf, doch im gleichen Augenblick kam von drüben ein halbunterdrückter Ruf — Schreck und Überraschung — eine jähe, hastige Bewegung — das Boot schwankte, legte sich nach der Seite über — nun ein gellender, schriller Schrei — — — und während das junge Mädchen vergeblich nach einem Halt suchte, glitt es taumelnd über den Bootsrand in die hochaufspritzende Flut. Für den Bruchteil einer Sekunde stand Hasso wie erstarrt, weit vorgebeugt, der Atem stockte ihm, und er hatte das Gefühl, als würge ihn die krallende, klammernde, mörderische Faust eines Riesen an der Kehle. Doch dann wich der Bann von ihm. Mit einem kurzen Ruck warf er Rock und Weste ab, entledigte sich der schweren, hohen Stiefel und rannt wie ein Irrsinniger dem Ufer zu.

„Marianne! — Marianne!" Doch keine Antwort kam, nur dort, wo die Seerosenblätter wie ein dichter, grüner Teppich lagen, tauchte für eines Herzschlages Länge etwas Weißes auf — mit Aufbietung aller Kräfte, mit schrägen, weit ausholenden Stößen, keuchend und atemlos schwamm Redern darauf zu. Die Dämonen der Tiefe griffen nach ihm, Algen und Schlinggewächse ringelten sich wie behende Nattern um seine Arme, seine Füße, seinen Leib, aber er kämpfte wie ein Verzweifelter, zog, zerrte, riß, kam frei und verstrickte sich wieder in das wuchernde, lebende, elastische Netz. Und seltsam, dabei arbeitete das Hirn mit einer Schärfe und Genauigkeit, die blitzschnell alle Rettungsmöglichkeiten erwog, während gleichzeitig mit fast schmerzhafter Deutlichkeit, die Vorstellung überwog: nun wird der Illgenteich nicht ein, sondern zwei Opfern haben, nun sind die Seelen derer, die da drunten ruhen, erlöst, nun wird man uns finden, sie und mich vereint — vereint im Tode! — —

Jetzt kam endlich freies Wasser, bis zur vollen Brusthöhe hob sich Hasso empor, hart neben dem gekenterten Kahn, krallte sich fest und — — da — da war es wieder, eine Flut gelösten, goldbraunen Haares über einem wachsbleichen Gesichtchen. Redern schoß darauf zu wie ein Hecht auf seine Beute, fühlte einen weichen, leblosen Körper, packte zu, legte sich auf den Rücken, und während es ihm gelang, Mariannes Kopf über Wasser zu halten, schwamm er langsam ruckweise in gleichmäßigen Stößen, mit den Füßen rudernd, dem Ufer zu.

Die doppelte Last, die schweren, nassen Kleidungsstücke hemmten die Bewegungen, doch dann fühlte Hasso plötzlich festen Grund unter den Füßen, richtete sich taumelnd auf, trug mit einer letzten, gewaltigen Anstrengung, mit wankenden Knien und pfeifendem Atem das junge Mädchen bis zu der von Schlick und Muscheln bedeckten, mit Schilf und Binsen überwucherten schmalen Landzunge und kniete neben ihm nieder.

(Fortsetzung folgt.)

Todeskampf abgebissen hat. Ferner wurden zwei Mützen am Tatort vorgefunden, von denen die eine als die des Banach erkannt worden ist. Banach selbst ist nach der Tat flüchtig geworden, hält sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach noch in der hiesigen Gegend auf; jedenfalls ist er in den benachbarten Kornfeldern gesehen worden. Zum Zweck seiner baldigen Festnahme sei darauf hingewiesen, daß er 40 Jahre alt und von mittelgroßer Figur ist; er trägt dunkelblonden Schnurrbart und muß jetzt beträchtliche Kratzwunden und überhaupt ein durch Schläge geschwollenes Gesicht haben. Seine weitere Verfolgung hat nun die Mewer Polizei übernommen, weil die Tat auf dortigem Gebiet geschah; doch ist auch die hiesige Kriminalpolizei weiter in der Verfolgung tätig, wobei natürlich sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden muß, da B. noch eine Schußwaffe mit Munition bei sich führt.

* Lissa, 3. August. Die Ernte ist in vollem Gange. Sie gehört zu den schwersten Tagen des ganzen Jahres für den Landmann. Denn unabhängig von begrenzter Arbeitsfrist heißt es in diesen Tagen schaffen vom frühen Sonnenaufgange an bis spät in den sinkenden Abend hinein. Oft genug erschwert eine glühende Sonnenhitze die Arbeit noch erheblich. Ströme von Schweiß müssen fließen, bis das weite, von goldenen Ähren bestandene Feld in eine kahle Stoppel umgewandelt und der reiche Erntesegen in Garben gebunden zum Nachtrocknen und späteren Einfahren bereitgestellt ist. Wenig Mußestunden blühen dem Landmanne in diesen Tagen, und alles, was zum Hauswesen gehört, Männer, Frauen und Kinder, werden bis aufs letzte angespannt. Denn nicht selten müssen in regenreichen Zeiten zwei bis drei zufällig trockene, sonnige Tage dazu benutzt werden, um die Arbeit einer ganzen Woche zu schaffen. Oft zwingt auch ein drohend herannahendes Gewitter dazu, Übermenschliches zu leisten, um die mit so vieler Mühe errungene Ernte nicht im letzten Augenblick neuen Witterungsunbilden auszusetzen. Ist aber endlich die Getreideernte geschnitten und eingefahren, dann winken einige Tage der Ruhe. Allerdings wenige Tage nur, denn gleich hernach beginnt das Dreschen, und daneben erfordert die Reife aller übrigen Feld- und Gartenfrüchte von Woche zu Woche neue Arbeit und neue Kräfte.

* Tirschtiegel, 4. August. Die „Meseritzer Kreisztg." meldet: „In wie sonderbarer Weise die polnischen Grenzbeamten die deutsche Bevölkerung von Tirschtiegel behandelt, zeigt folgender Vorfall: Der Schmiedemeister Goschin hat in der Nähe des auf polnischem Gebiet liegenden Bahnhofs ein Ackerstück, durch welches die Grenze führt. Die Ziegen des polnischen Bahnvorstehers, vier an der Zahl, laufen frei umher und richten in dem Serradellafelde des G. erheblichen Schaden an, so daß dieser sich veranlaßt sah, den polnischen Nachbarn darauf aufmerksam zu machen, daß er ihm die Ziegen pfänden werde, wenn er sie noch einmal auf seinem Felde treffen würde. Als G. am Sonnabend sein Feld betrat, weideten die Ziegen wieder in der auf deutschem Gebiet liegenden Serradella, und es gelang dem G., eins der Tiere einzufangen. Durch das Schreien der Ziege aufmerksam gemacht, kam ein polnischer Beamter hinzu und überredete G., mit ins Büro zu kommen, um dort seine Beschwerde anzubringen. Aber kaum hatte er seinen Fuß auf polnisches Gebiet gesetzt, erklärte ihn der Beamte für verhaftet, da er eine Ziege aus Polen nach Deutschland habe schmuggeln wollen. (!) Der arme Mann wurde festgehalten und um 5 Uhr unter militärischer Bewachung zum Verhör nach Bentschen geschickt. Die deutsche Grenzpolizei hat den Vorfall sofort der maßgebenden Behörde angezeigt, damit diese Einspruch erheben kann.

Neues vom Tage.

§ **Einbruch in die Villa Lenbach.** Wie aus München berichtet wird, haben in der Villa Lenbach Einbrecher für zehn Milliarden Gemälde allererster alter Meister wie Rembrandt, Frans Hals, Teniers u. a. gestohlen. — Eine zweite Mitteilung enthält folgende genauere Angaben: Bei dem Einbruch in die Privatgalerie Lenbach wurden Gemälde alter Meister im Werte von 7 bis 8 Milliarden Mark gestohlen. Entwendet wurden u. a. das Bild von Lukas Cranach „Drei Grazien am Baumstamm", das Originalgemälde von Frans Hals „Die lachenden Jungen", ein Bild von Hans Holbein dem Jüngeren, ein männliches Bildnis mit Barett, gez. Erasmus-Rotterdam, zwei Bilder von Teniers, eine Originalskizze von Rubens, ein Altarbild, Kreuzabnahme Christi.

§ **Merkwürdige Launen des Blitzes.** Der vom Himmel herniederzuckende Strahl ist unerschöpflich in dramatischen Überraschungen, von denen in einer englischen Zeitschrift besonders merkwürdige zusammengestellt werden. Bei einem Gewitter in England hatte eine Frau gerade ihren Arm gehoben, um ein Fenster zu schließen. Da zuckte ein Blitz hernieder, zwar ohne die Frau zu verletzen, aber als sie sich von dem Schrecken erholte, bemerkte sie, daß ihr goldenes Armband verschwunden war. Ein Mann in Natal wurde durch den Blitz geradezu in Knoten zusammengedreht. Eins seiner Beine war mit einem Arm zusammengekrampft, während das andere Bein rund um den Hals gedreht war. Der vom Blitz Getroffene erholte sich wieder, und seine zusammengekrümmten Glieder streckten sich langsam. Der elektrische Kobold machte sich auch den Spaß, die Uhr in dem Zimmer, durch das er fuhr, um vier Stunden vorzustellen, ohne die Uhr zu beschädigen. Eine grausige Entdeckung machte man nach einem Gewitter an dem Ufer des Mississippi. Zwei Knaben waren an den Fluß gegangen, um einen Hund zu ertränken. Man fand ihre vom Blitz entseelten Körper, und bei ihnen hielt der Hund, völlig unverletzt, Wache. Höchst merkwürdig ist folgender Vorfall, der aus Texas erzählt wird. Ein blinder Mann hatte sich an ein Pferd geklammert, um sich von diesem im Gewitter leiten zu lassen. Der Blitz schlug beide nieder; als sie wieder aufstanden, hatte der Blinde sein Augenlicht wiedergewonnen, und das Pferd war erblindet.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Eine deutsch-polnische Gründung.** Mit vorläufigem Sitz in Pasing wurde eine Süddeutsch-polnische Handels-Aktiengesellschaft unter regster Beteiligung der süddeutschen Industrie gegründet. Das volleinbezahlte Aktienkapital beträgt 150 Millionen Deutschmark. Den Vorstand bilden: Herr Direktor K. Beeckmann, Leoni bei Starnberg, Herr Oberingenieur Friedrich Hofmann, München. Den Aufsichtsrat bilden: Herr Zivilingenieur Karl Deutschmann, Direktor der Mewag (Münchner Elektromotoren Werke A.-G.) Vorsitzender. Herr Direktor Schlimbach, Direktor der Bürstenfabrik Pensberger & Co. A.-G. München. Herr Kommerzienrat Eugen Zentz, Inhaber der österreichischen Tabakregie für Deutschland, München. Herr Direktor Ewald Eberhardt, Direktor der Farbbandfabrik A.-G. in Plauen i. Vgtl. Herr Heinrich Reiser, Kaufmann, Pasing bei München. Zweck der Gründung ist die Pflege der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen.

♂ **Der polnische Export nach Frankreich** hat im ersten Quartal dieses Jahres eine starke Zunahme erfahren. Es wurden exportiert:

	im 1. Quartal 1922 Meterzentner	im 1. Quartal 1923 Meterzentner
Borsten	120	134
Federn	124	426
Holz	121 250	212 299
Petroleum	19 272	31 300
Kartoffelmehl	348	11 950
Zucker	—	105 150
Korbflechtereien	60	160
Sämereien	452	957
Teer	71	400
Zurückgegangen ist der Kartoffelexport	55 100	4 850

Industrie.

⊙ **Die polnisch-oberschlesische Montanindustrie wird**, wie neuerdings von fachmännischer Seite berechnet worden ist, etwa 2/3 ihrer Erzeugnisse ausführen müssen, um gut bestehen zu können. Einen so hohen Grad wird ihre Ausfuhrtätigkeit aber, der ganzen Lage der Dinge nach, vorläufig kaum erreichen. Darum muß man damit rechnen, daß sowohl die Kohlen- wie die Eisenindustrie in den kommenden Monaten weiterhin einen schweren Stand haben werden. Trotzdem ist kaum anzunehmen, daß Belegschaftsentlassungen oder Einschränkungen der Betriebe erfolgen werden, da aus den meisten Arbeitsstätten noch eine gute Beschäftigung gemeldet wird. Alle Ausdehnungsbestrebungen in der polnisch-oberschlesischen Montanindustrie dürften aber auf große Schwierigkeiten stoßen.

⊙ **Von der polnischen Glasindustrie.** Zur Zeit feiern 6 Hütten, während 45 im Betriebe sind, die ca. 9300 Arbeiter beschäftigen. Die durchschnittliche Monatsproduktion beträgt im ganzen 72 000 Tonnen. Die Leistungsfähigkeit der feiernden Hütten würde mit 5700 Tonnen zu veranschlagen sein. Tafelglas wird hauptsächlich von 3 Hütten, und zwar in einer Menge von 829 Tonnen jährlich exportiert.

Von den Aktiengesellschaften.

Die Generalversammlung der „Wielkopolska Wytwornia Chemiczna" in Posen findet am 18. August 1923, vormittags 11 Uhr im Hotel de Rome, Aleje Marcinkowskiego 22, statt. (Auf der Tagesordnung: Kapitalerhöhung, Neuwahl des Aufsichtsrates, Änderung des § 7 c.) Aktionäre, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen, müssen spätestens 3 Tage vor Generalversammlung ihre Aktien in der Bank Zwiazku Spolek Zarobkowych oder bei einem Notar angemeldet haben.

Von den Märkten.

Fette. In Bromberg wurde für Fett zu technischen Zwecken pro Kilogramm in Fässern zu 100 Kilogramm loco Bromberg gezahlt: Maschinenöl raf. visc. 3—4 12 200, visc. 4—5 14 150, visc. 5—6 16 700, Cylinderöl 235°—245° 14 150, amerikan. Cylinderöl 280° 24 000, 300° 26 000, Tovottefett 18 300, Achsenfett 8860, Fischtran 21 470; Tendenz fest.

Vom Naphthamarkt in Lemberg. Auf dem Bruttomarkt steigende Tendenz. Wenige Transaktionen infolge Bargeldmangels. Es wurden gezahlt pro 1/32 % brutto: Gottfried 25 Mill., Mary Vulcan Padua 15½ Mill., Monte Carlo Oilspring 21 Millionen, Horodyszcze Galicja 10 Mill.; für 1/16 % brutto: Apollo Izydor Dawid in 11 Morg. 10 Mill., Józefina 1 600 000, Saksonja 8½ Mill., Krakowianka 4 400 000, Kate I 3 500 000, Pogoń 6 700 000.

Leder. In Wilna wurde in 1000 Mkp. pro Pud gezahlt: Rohleder leicht 900—1000, schwer bis 11 000, Sohlenleder leicht 78 pro Pfund, schwer 78, mittel 70, Chromleder I 50 pro Quadratfuß, II 45.

Vom Danziger Holzmarkt. Der Bedarf an Holz auf dem europäischen Kontinent ist in der letzten Zeit sehr gestiegen. Hauptsächlich belebte sich die Baubewegung in England; auch die englische Industrie hat großen Bedarf an Holz. Die englischen Holzagenten operierten fast auf allen europäischen Märkten, wenden sich aber besonders solchen mit niedriger Valuta zu. Gesucht war gesägtes Kiefermaterial, vorwiegend scharfkantige Balken. Gleichzeitig hat der Bedarf an Fichtenmaterial, teils auch am Tannenmaterial, von seiten französischer Importeure zugenommen. Für Fichten und Tannenbalken werden 12½—12,10 Pfd. Sterl. pro Standard gezahlt. Gesucht wurden auch sleepers; pro Stück wurden 9 Schilling gezahlt. Für Schwellen und Telegraphenstangen wurde kein größerer Bedarf verzeichnet. Für Eichenklötze zur Fournierfabrikation (beste Gattung) wurden 5½—5¾ Pfd. Sterl., für Tischlermaterial 4 Pfd. Sterl. pro Meter gezahlt. Gefallen ist kiefernes Grubenholz, das zuletzt zu 16 Schilling pro Meter 3 gehandelt wurde. Für Kiefernklötze wurden je nach der Gattung 30 bis 40 Schilling pro Meter gezahlt. Im Zusammenhang mit dem Verbot die Ausfuhr aus Polen wird eine Preissteigerung für Nutzholz erwartet.

Metall in Berlin. In Tausend Mark pro Kilo: Raffiniertes Kupfer 330—340, Original-Weichblei 138—142, Roh-Hüttenzink im freien Verkehr 175—185, Hüttenzinn 920—940, Reinnickel 600—610, Antimon Regulus 125—135, Silber in Barren 21 000—21 500.

Börse.

Die P. K. K. P. zahlte für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen) folgenden Preis: Rubel 96 505 (67 535), deutsche Mark 44 686 (18 760), Krone 38 004 (15 665), Dollar 187 625 (90 270), Pfd. Sterling 912 970 (sh 19 620), türk. Pfund 822 910, schwed. Krone 50 272 (22 510), holl. Gulden 75 408 (35 455), österr. Dukaten 429 160 (Gulden 41 680), 1 Gr. Gold 124 689, 1 Gr. Silber 3752.

Warschauer Effekten. Am 3. August war die Tendenz an der Warschauer Börse für Devisen und Aktien fest und beständig bei begrenztem Verkehr. Die inoffiziellen Werte wurden wie folgt gehandelt: Konopie 240, Pruszków 70, Lokomotywy 210, Polski Lloyd 70, Lechita 21, Kauczuk 70, Przem. Korkowy 85, Machlejd 75, Hurt. Opak. 10, Jaworzno 2100, Gazy Ziemne 3200, Opatówek 110, Warsz. Bank Zjedn. 140, Elektrownia na Sanie 20—22.

≡ **Reichsbankdiskont 30 v. H.** Die Reichsbank in Berlin hat den Wechseldiskont von 18 auf 30 v. H. erhöht.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	6. August	3. August
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	20 000	21 000—20 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	23 000—22 000	22 000—23 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	—,—	55 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	23 000	22 000—23 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	6000	5900—6000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	6000	4000—5000
Bank Młynarzy	8000	8000
Industrieaktien:		
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	20 000	—,—
H. Cegielski I.—IX. Em.	14 000—12 000	15 000—14 000
Centrala Rolników I.—IV. Em.	6000	6000
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	30 000—29 000	35 000—32 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	45 000	42 000—45 000
Goplana I.—II. Em.	28 000—27 000	29 000
C. Hartwig I.—V. Em.	8000 9000-8500	8500—7000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	5000	5000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	36 000	36000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	—,—	70 000
Iskra I.—III. Em.	55 000—50 000	52 000—50000
Juno I—II. Em.	—,—	10 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—,—	1 000 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	500 000—480 000	520 000-500 000
Pneumatik o. Zukaufsr. u. o. Kup.	—,—	7000—6500
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	26 000—25 000	28 000—25 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	44 000—48 000	47 000—44 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. (exkl. Zukaufsrecht)	60 000—65 000	—,—
Spółka Stolarska I.—II. Em. (o. Bzr.)	45 000	—,—
Starogradzka Fabr. Mebli I. Em.	28 000	—,—
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	50 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	150 000-160 000	110 000-100 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	9500—9200	9500—9000

Tendenz: schwach.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 6. August 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen, alt	320 000—350 000	Hafer, alt	490 000—520 000
Roggen, neu	260 000—300 000	Weizenkleie	155 000
Braugerste, alt	260 000—290 000	Roggenkleie	155 000
Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	500 000—550 000	Rübsen	800 000—850 000
		Odermennig	750 000—800 000

Neuer Roggen zeigt sich in verschiedener Gattung, trockner guter wurde über Notiz bezahlt. — Tendenz: ruhig.

Danziger Mittagskurse vom 6. August.

Die polnische Mark in Danzig 600

Der Dollar in Danzig 1 300 000

Warschauer Vorbörse vom 6. August.

Deutsche Mark in Warschau 0,12

Dollar in Warschau 202 500

Englische Pfund in Warschau 932 000

Französischer Franken in Warschau 11 770

Schweizer Franken in Warschau .. 36 500

Warschauer Börse vom 4. August.

Devisen:

Belgien	9500—9435	Paris	12 185—11 800
Berlin	0.16—0.15½	Prag	6 285—5 980
Danzig	0.16—0.15½	Schweiz	38 000—36 450
London	979 000—934 000	Wien	3.03½—2.87
Neuyork	214 000—204 000	Italien	9 160—8 875